

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Geschäftsleiter:**  
J. B. Fr. Klühs  
Telefon: Amt Berlin 4196/4198



**Anschrift für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin S 3 61, Belle-Alliance-Platz 6  
**Drahtanschrift: Copadienst**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten & Beugung vor dem Gerichtshof, wenn nicht anders bestimmt ist. Erscheinungstag: Berlin, den 18. Aug. 1932

Berlin, den 18. Aug. 1932

Int. Institut  
Soz. Geschichts  
Amsterdam

SA wollte putschen.

Stahlhelm stellt öffentlich die Tatbestände fest.

SPD. Die "Kreuz-Zeitung", das tägliche Organ des Stahlhelm, veröffentlicht eine Zuschrift des Berliner Stahlhelmführers Major a.D. Franz von Stephani die geeignet ist, in Deutschland wie in der ganzen Welt das ungeheuerste Aufsehen zu erregen.

Der Stahlhelmführer von Stephani behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als dass die SA unter Androhung von Waffengewalt vom Stahlhelm die Herausgabe von Waffen verlangt hat und dass sie sich dabei auf das angebliche Einverständnis der Reichswehr berufen hat.

Der nationalsozialistische "Angriff" vom 17. August hatte unter der Überschrift "Deutschnationale wollen an die Futterkrippe" einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, "der berüchtigte Herr von Stephani" habe mit gemeinen Denunziationen gearbeitet und die Behauptung aufgestellt, die SA habe Waffenlager der Reichswehr bestohlen. Diese Behauptung wird, wie beim "Angriff" üblich, von einer Flut von Schimpfereien begleitet. Die Erregung der Nationalsozialisten gegenüber dem Stahlhelm hat sich in der letzten Zeit in der Presse schon wiederholt Luft gemacht, so besonders in einem Artikel des preussischen Fraktionsführers Kube, in dem dieser behauptet, der Frontsoldatentag des Stahlhelms am Anfang des nächsten Monats solle zu einem monarchistischen Putsch missbraucht werden. Grund der Erbitterung der Nationalsozialisten gegenüber dem Stahlhelm ist, dass der Stahlhelm sich bei dem inneren Gegensatz zwischen der Papenregierung und der nationalsozialistischen Parteiführung auf Seite der Papenregierung geschlagen hat.

Die Spatzen pfeifen es in Berlin von den Dächern, dass der Stahlhelm einen sehr gut durchgearbeiteten Kundschafterdienst organisiert hat, um die Bewegungen der SA rund um Berlin zu verfolgen. Dies und die entschiedene Weigerung des Stahlhelms, putschistische Unternehmungen gegen die Papenregierung mitzumachen, hat den Zorn der nationalsozialistischen Parteiführung hervorgerufen.

Jetzt ist die Spannung zwischen den beiden militärähnlichen Rechtsorganisationen so weit gediehen, dass der Berliner Stahlhelmführer von Stephani in der "Kreuz-Zeitung" folgende Erklärung erlässt:

"Tatsache ist, dass ich niemals derartige Behauptungen, wie sie mir in den Mund gelegt werden, SA-Leute hätten Waffenlager der Reichswehr bestohlen, irgendwann und irgendwem gegenüber getan habe. Wahr ist folgender Sachverhalt: Im Laufe der vorigen Woche wurden SA-Gliederungen aus Berlin herausgezogen und nordwärts in Marsch gesetzt. Berliner Stahlhelm-Kameraden, von denen bekannt war, dass sie Kraftwagen besaßen, wurden unter Androhung von Gewalt aufgefordert, ihre Fahrzeuge der SA zur Verfügung zu stellen. Andere Meldungen aus dem Brandenburgischen besagen, dass uniformierte und bewaffnete SA-Leute unter Androhung von Waffengewalt bei Stahlhelmführern die Herausgabe von angeblich versteckten Waffen verlangt hätten.

Sowohl ich, wie der Landesführer von Brandenburg, Rittmeister a.D. v. Morozowicz haben daraufhin angeordnet, dass alles Eigentum des Stahlhelm zu be-

wachen sei und die gewaltsame Fortnahme durch SA-Leute zu verhindern wäre. Von dieser Anordnung haben wir dem Preussischen Innenministerium Kenntnis gegeben, weil wir einerseits nicht die Absicht hatten, den Stahlhelm von aufgehetzten SA-Leuten terrorisieren zu lassen, andererseits verhindern wollten, dass Stahlhelm-Kameraden in ein aussichtsloses Putsch-Unternehmen hineingezogen werden. Diese Gefahr war umso grösser, als von den SA-Leuten behauptet wurde, dass ihre Unternehmung im Einverständnis mit der Reichswehr erfolgte und dass auch seitens der preussischen Polizei keine Gegenwehr zu erwarten sei. Die gegenteiligen Erklärungen des Herrn Reichskommissars für Preussen und des Herrn Reichswehrministers beweisen das Gegenteil. Die Behauptungen der SA-Leute legen aber am deutlichsten Zeugnis davon ab, in welcher skrupellosen Weise versucht worden ist, eine gläubige Gefolgschaft gegen die Maschinen-gewehre der Polizei oder der Reichswehr anlaufen zu lassen, um sie für die ehrgeizigen Pläne unverantwortlicher Unterführer zu opfern und in den sicheren Tod zu treiben.

Als verantwortliche Stahlhelmführer mussten wir dies nicht nur im Interesse verhetzter und belogener gläubiger junger Menschen verhindern, sondern besonders im Interesse der gesamten nationalen Bewegung. Wer hier den Verräter gespielt hat, möge nunmehr jeder Stahlhelm-Kamerad und jeder anständig denkende Mensch selbst entscheiden."

Die Bedeutung dieser Erklärung des Herrn von Stephani kann nicht leicht überschätzt werden. Herr von Stephani ist sicherlich ein vollkommen unverdächtigem Zeuge. Er ist bestimmt kein "Marxist", weder ein "roter" noch ein "schwarzer", sondern er ist ein vielfach erprobter Rechtsradikaler, der den Nationalsozialisten gewiss nicht mit parteimässigen Vorurteilen gegenübersteht. Was dieser Herr von Stephani der SA vorwirft, ist ganz einfach ein Versuch des Verbrechens des Hochverrats, Ausserdem kommen noch verschiedene strafrechtliche Tatbestände wie Nötigung, unerlaubter Waffenbesitz und andere in Frage.

Wir sind wirklich sehr gespannt, ob sich endlich einmal ein Oberreichsanwalt findet, der für das enge Verhältnis zwischen den Taten der SA und den Hochverrats-Paragrafen des Strafgesetzes etwas Verständnis aufbringt. Wir sind nicht wenig gespannt, ob sich ein Senat des Reichsgerichts finden wird, der dieses Verständnis mit ihm teilt. Am meisten aber sind wir darauf gespannt, was die Regierung Papen-Gayl-Schleicher weiter zu tun gedenkt. Sie hat der verbotenen SA die Organisations- und Uniformfreiheit wiedergegeben. Die SA hat der Regierung den Dank dafür abgestattet, nicht bloss durch zahllose bestialische Einzelverbrechen in Ostpreussen, Schlesien, Schleswig-Holstein und anderwärts, sondern auch durch einen Versuch, die Regierung, ihre Wohltäterin, mit Gewalt aus dem Amte zu treiben und die bestehende, von den Ministern beschworene Reichsverfassung gewaltsam umzustürzen!

Wie aus unwidersprochenen Pressemeldungen hervorgeht, beabsichtigt die Nationalsozialistische Partei jetzt, alle ihre wehrfähigen Mitglieder zum Eintritt in die SA zu zwingen, die auf diese Weise, wie behauptet wird, auf eine Stärke von einer Million Mann gebracht werden soll. Es ist in aller Deutlichkeit und in aller Form an die Reichsregierung die Frage zu stellen, was sie gegen dieses Unternehmen zu tun gedenkt und ob sie nicht selber glaubt, sie würde sich der Begünstigung des Hochverrats schuldig machen, wenn sie auch nur einen Tag noch diesem Treiben mit den Händen im Schoss zusehen wollte.

-----  
SPD. München, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

In der Freitag-Nummer des "Völkischen Beobachter" wird Adolf Hitler von seinem bolivianischen Stabchef Röhm noch einmal nachdrücklich auf eine absolut kompromisslose revolutionäre Politik festgenagelt. "Die nationalsozialistische Bewegung - so schreibt er - ist ihrem Ursprunge und ihrem Ziele nach eine revolutionäre Bewegung. Der Träger des revolutionären Gedankens kann nur der SA-Mann sein. Es muss immer wieder herausgestellt werden, dass sein Streben und sein Kampf nicht allein dem Ziele dient, den Marxismus in allen seinen Spielarten

vom Bolschewismus bis zur sozialdemokratischen Spurgehissie zu schlagen, sondern dass er sich ebenso klar, eindeutig und rücksichtslos absetzt von der ideallosen Reaktion eines verspiesserten Bürgertums." Röhm schliesst seinen Artikel: "Nein, es ist schon so: mit dieser Welt, mit dieser Gesellschaft, mit dieser Geinnung verbindet uns nichts. Ihr gilt unser Hass und unsere Verachtung, ganz gleich, ob sie sich in roter Kappe, in der Zipfelmütze oder im Zylinder entgegenstellt. Wir kennen keine Parität, keine Objektivität zwischen deutschen Männern und volksfremden Gesellen. Wir kennen kein Kompromiss."

-----

SPD. Breslau, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Das Breslauer Sondergericht verurteilte die Frau des Gausekretärs des Reichsbanners Steiner zu vier Monaten Gefängnis wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Frau Steiner war aus einer Menschenensammlung am Stadtgraben heraus angepöbelt worden, weil sie die drei Pfeile trug. "Was wollen Sie denn mit Ihrer Mistgabel?", rief ihr jemand zu. Sie antwortete: "Mit der Mistgabel dreht man Misthaufen um." Darauf rief man ihr eine unverschämte Redensart zu, die ihre Frauenehre schwer verletzen musste. In der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung soll Frau Steiner gesagt haben, die Nationalsozialisten hätten in Ohlau noch viel zu wenig bekommen, man sollte sie alle totschiagen. Das Gericht billigte der Angeklagten wegen ihrer Unvorbestraftheit und wegen des Angriffs auf ihre weibliche Ehre - mildernde Umstände (!) zu und verurteilte sie zu 4 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar 6 Monate beantragt. Der Polizeibeamte, der ihren Abtransport auf dem Ueberfallwagen veranlasst hatte, wurde eigentümlicherweise nicht vernommen, obwohl ein Zeuge angab, der Beamte hätte zu einem Nationalsozialisten gesagt: "Bleiben Sie hier stehen, damit die Frau nicht ausrückt, ich habe schon das Ueberfallkommando alarmiert."

-----

SPD. Stuttgart, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch abend starb 64 Jahre alt in seiner Vaterstadt Ellwangen a. d. Jagst der frühere württembergische Minister Julius Baumann. Baumann, der ursprünglich Beamter der württembergischen Eisenbahnverwaltung war, gehörte schon in der Vorkriegszeit als Abgeordneter zur Deutschen (nationalliberalen) Partei, aus der er bei Kriegsende gemeinsam mit seinem Parteifreund Dr. Hieber zur deutschdemokratischen Partei übertrat. Er trat auf Aufforderung der sozialdemokratischen Mitglieder der provisorischen Regierung Bloa in diese ein und übernahm das unter dem Druck der Zeitverhältnisse neugebildete Ernährungsministerium. Er blieb in diesem Amt bis zum Jahre 1921. Während dieser Zeit war er den übrigen Regierungsmitgliedern, ganz unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ein treuer Kamerad, der sein Bestes zur Ueberwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitrug. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt gehörte er noch einige Jahre als Abgeordneter dem württembergischen Landtag an. Dann zog er sich aus dem politischen Leben zurück, widmete sich dem Studium der Theologie und übte noch einige Jahre das Priesteramt aus.

-----

SPD. Warschau, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Tagung des Verbandes der polnischen Unterbeamten hat die Zustände enthüllt, denen diese untersten Beamten während des Dienstes unterworfen sind. Einstimmig wurden zwei Entschliessungen angenommen, von denen die eine sich gegen die Ausnutzung der Unterbeamten durch ihre Vorgesetzten für private Dienstleistung, die andere gegen das Schlagen der Unterbeamten durch ihre Vorgesetzten wendet. Das Krakauer sozialistische Organ "Naprzod" bemerkt hierzu, dass offensichtlich das Prügeln der Unterbeamten im polnischen Staatsdienst allgemein üblich geworden sein müsse, wenn sich auch der Verband der Unterbeamten,

der unter dem Einfluss der Regierungspartei steht, entschlossen hat, dagegen öffentlich zu protestieren. Das polnische Diktaturregime wird seinen Beamten das wohl auch nicht versprochen haben, als es die Macht übernahm.

-----  
SPD. Hamburg, 18. Aug. (Eig.Drahtb.)

Um den schwindelhaften Meldungen des "Angriff" in Berlin über die Verhaftung des Nazi-Arztes Dr. Först in Wesselburen (Schleswig-Holstein) entgegenzutreten, sah sich die Justizpressestelle des Altonaer Landgerichts, dem die Untersuchung der Bombenattentate in Schleswig-Holstein übertragen ist, veranlasst dem Blatt eine Berichtigung zuzustellen. Darin wird festgestellt, dass die Verhaftung des Nazi-Arztes nicht nur wegen ärztlicher Hilfeleistung erfolgte, die er dem an dem Bombenattentat in Randsburg beteiligten SA-Mann Rohweder zuteil werden liess, sondern dass er diesen SA-Mann aus seinem Versteck aus Breiholtz abgeholt und nach dem 60 km entfernten Wesselburen gebracht hat, obwohl die Polizei gegen Rohweder einen Haftbefehl erlassen hatte. Gegen den von der Altonaer Polizei vorläufig in Haft genommenen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Moder, der gleichzeitig der Führer der SS-Standarte 4 in Altona ist, hat der Vorsitzende des Sondergerichts in Altona Haftbefehl erlassen.

-----  
SPD. München, 18. Aug. (Eig.Drahtb.)

Am 19. Juni d.J. hatten etwa 500 Nationalsozialisten trotz des damals noch bestehenden Uniformverbots in voller Ausrüstung vor dem Hause des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held demonstriert. Die Burschen wurden verhaftet und ein Teil von ihnen bereits am übernächsten Tag dem Schnellrichter zugeführt und abgeurteilt. Inzwischen kamen aber dem Richter wegen der durch die Aufhebung des Uniformverbots veränderten Rechtslage Zweifel und er sprach einen Angeklagten frei. Der Staatsanwalt erhob mit Erfolg Revision beim Obersten Landeagericht. Das freisprechende Urteil wurde aufgehoben. Demnach werden sich also in den nächsten Tagen 470 Demonstranten vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

-----  
SPD. Der Reichstag ist jetzt von seinem bisherigen Präsidenten Löbe zum Dienstag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden, und zwar nach einer Rücksprache mit dem Reichskanzler von Papen. Die erste Sitzung des Reichstags wird bekanntlich von dem ältesten Mitglied geleitet. Das ist in diesem Fall die kommunistische Abgeordnete Frau Clara Zetkin. Gegen ihr Auftreten haben die Nationalsozialisten jedoch schon die wüstesten Sturmazenen angekündigt. Nach der ganzen sonstigen Haltung dieser teutonischen Ritter gegenüber Frauen - es sei nur an die Flegelien im Preussischen Landtag erinnert - ist damit zu rechnen, dass diese Drohungen in die Tat umgesetzt werden. Wenn 230 Braunhemden gegen eine alte und dazu noch kranke Frau anschreien, kann auch ihr grösserer Geist diese Frau nicht vor dem Niedergeschrienwerden bewahren. Sollte aber dieser Sturm gegen eine Greisin nicht erfolgen, so würde der Reichstag am Eröffnungstag nur ein provisorisches Büro wählen und sich dann wieder vertagen.

-----  
SPD. Amsterdam, 18. Aug. (Eig.Drahtb.)

Zu den Gerüchten über den deutschen Exkaiser, wegen deren zwei Abgeordnete der Zweiten Kammer schriftliche Anfragen eingebracht hatten, erklärte der Ministerpräsident Ruys de Beerenbrouk, dass der niederländischen Regierung bisher nur sehr unbestimmte und unkontrollierbare Gerüchte über eine Wiedereinsetzung des Exkaisers in die frühere Würde zu Ohren gekommen seien, sodass vorläufig

keine Schritte unternommen würden. Im übrigen wiederhole die Regierung ihre Erklärung aus dem Jahre 1920, wonach sie gewissenhaft darauf achten werde, dass von der dem deutschen Exkaiser in Niederland gewährten Gastfreiheit kein den Landesinteressen nachteiliger Gebrauch gemacht würde. Auf die zweite Frage wegen des Exkaisers Telegramma an den deutschen Kavalleristentag erwiderte der Ministerpräsident, dass die Regierung den Bewegungen des früheren Kaisers die Aufmerksamkeit widme, die ihnen zukomme.

-----

SPD. Paris, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Paris hatte am Donnerstag seine politische Tages-Sensation: der bekannte pazifistische Schriftsteller Henry Guilbeaux, der unter der Aera Clemenceau wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden war, ist am Donnerstag wieder nach Paris zurückgekehrt und hat sich freiwillig der Justiz gestellt. Guilbeaux war nach etwa einjähriger Dienstzeit zu Beginn des Krieges regulär freigelassen worden und hatte sich dann nach der Schweiz begeben. Dort traf er mit Romain Rollan zusammen. Er gründete mit ihm die Zeitschrift "Demain". Guilbeaux unternahm eine scharfe Antikriegspropaganda und trat sogar für die Weltrevolution ein als bestes Mittel für die Beendigung des Krieges. Er machte auch zusammen mit Lenin die Reise im plombierten Waggon nach Ruasland mit und übernahm unter der Sowjetrepublik einige offizielle Stellungen. Besonders hatte er zunächst die Verwaltung der französischen Passstelle. Das genügte, damit er in Paris vom Kriegsgericht im Abwesenheitsverfahren zum Tode verurteilt worden war. Die Gerichtssitzung dauerte damals noch nicht einmal 10 Minuten. Später lebte Guilbeaux jahrelang in Deutschland.

Als er am Donnerstag den Pariser Justizpalast betrat, erklärte er den Journalisten, er wolle sich lediglich rechtfertigen. Er habe die Gewissheit, dass es ihm gelingen werde, seine Unschuld zu bewisen. Guilbeaux wurde in das Militärgericht von Paris eingeliefert und wird wahrscheinlich von dem Kriegsgericht erneut abgeurteilt werden. Zu seinem Verteidiger hat er den bekannten Abgeordneten Torres ausgewählt.

-----

SPD. Der "Völkische Beobachter" und einige Berliner Rechtsblätter bringen unter der Spitzmarke "Sozialdemokratische Waffenschiebungen" eine unsinnige Meldung über Waffenscheinerteilungen durch den bisherigen Polizeipräsidenten Grzesinski an Angestellte verschiedener grösserer Gewerkschaftsverbände. Sie behaupten in diesem Zusammenhang, dass gegen den auf Urlaub befindlichen Regierungsdirektor Goerke ein Ermittlungsverfahren eingeleitet sei. Zu diesen unsinnigen Meldungen ist folgendes zu sagen: Die Erteilung eines Waffenscheines ist nach dem Gesetz über Schusswaffen und Munition Ermessenssache des Polizeipräsidenten, der pflichtgemäss nachzuprüfen hat, ob die beantragenden Personen genügend zuverlässig sind, um eine Waffe zu führen. Ueberdies hat der Leiter einer Polizeiverwaltung nachzuprüfen, ob eine besondere Gefährdung der beantragenden Person vorliegt. Es ist nun ganz klar, dass die Erteilung von Waffenscheinen an Angestellte von grösseren Gewerkschaften den gesetzlichen Anforderungen völlig entspricht. Wenn der "Völkische Beobachter" daran irgendwelche Zweifel haben sollte, so braucht er sich ja nur an die viehischen Bluttaten zu erinnern, die seine Anhänger und Leser gegen führende Personen der Arbeiterbewegung verübt haben. Erinnert sei noch an den Ueberfall auf den "Vorwärts", an die Bombenanschläge gegen Gewerkschafts- und Parteihäuser. So steht zu vermuten, dass selbst der "Völkische Beobachter" und auch die "Berliner Börsen-Zeitung", die sich wie üblich diese Verleumdungen zu eigen gemacht hat, zugeben müssen, dass hier in der Tat eine ausserordentliche Bedrohung der in Frage stehenden Personen vorlag. Die Erteilung der Waffenscheine ist nach Recht und Gesetz erfolgt. Ueberdies kann mitgeteilt werden, dass nach unseren Informationen das oben erwähnte Ermittlungsverfahren gegen Regierungsdirektor Goerke bereits eingestellt ist.

+ + +

Der frühere Berliner Polizeipräsident Grzesinski übergibt dem "Soz. Pressedienst" hierzu folgende Erklärung:

Wie mir mitgeteilt wird, bringen einige Rechtsblätter heute abend eine WTB-Meldung, wonach der "Völkische Beobachter" Behauptungen aufgestellt habe, welche die Genehmigung von Waffenlagern durch das Polizeipräsidium Berlin zur Zeit meiner Amtsführung betreffen. Diese Genehmigungen, sich Waffen und Munition zu halten zum Schutze der Verwaltungsgebäude der Gewerkschaften und Genossenschaften gegen Ueberfälle, wie sie leider heute an der Tagesordnung sind, sind von mir im vollen Bewusstsein meiner Verantwortlichkeit für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Berlin während meiner Amtsführung auf Antrag seinerzeit tatsächlich erteilt worden. Diese Art Selbstschutz wird man friedlichen, auf dem Boden der Staatsordnung stehenden Organisationen und Führern, die meist schon ein Menschenalter im öffentlichen Leben stehen und allgemein angesehen und geachtet sind, nicht verwehren können. Sie haben einen Anspruch darauf, und dieser Schutz ist im Schusswaffengesetz auch ausdrücklich vorgesehen. Wenn das Polizeipräsidium Berlin zu der WTB-Meldung erklärt hat, dass es die seinerzeit erteilten Erlaubnisse inzwischen zurückgezogen habe, so ist das natürlich sein gutes Recht, hängt aber wahrscheinlich mit der Kursänderung zusammen. Der Polizeipräsident übernimmt aber damit eine kaum zu tragende Verantwortung. Denn nach Lage der Verhältnisse in Berlin und bei der Vielheit der in Frage kommenden - nicht nur Arbeiter - Institutionen kann die Polizei schon aus rein technischen Gründen den erforderlichen Schutz einfach nicht gewähren. Der Polizeipräsident in Berlin wird auf Vorstellung der in Frage kommenden Organisationsvertreter Veranlassung haben, seine mitgeteilte Stellungnahme zu der Frage einer Nachprüfung zu unterziehen. Dabei wird auch zu überlegen sein, ob die Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland nun etwa minderen Rechts geworden sind und ob ihnen nicht vielmehr das gleiche Recht zugebilligt werden muss, was allen grösseren privaten Institutionen wie Banken etc. in Berlin und in anderen Städten zu ihrem eigenen Schutze zugebilligt worden ist und wird.

Was sonst noch im "Völkischen Beobachter" bzw. in der WTB-Uebermittlung stehen soll - ich brauche jetzt Gottseidank diesen Unsinn nicht mehr zu lesen - ist natürlich dummes Zeug. Anweisungen, wie sie danach Regierungsdirektor Goehrke mit Bezug auf die Inhaftbehaltung von Angehörigen der NSDAP und Nichtinhaftnahme von Angehörigen der SPD gegeben haben soll, sind selbstverständlich weder von ihm noch von mir jemals ergangen. Wir haben vielmehr auf Vorstellungen von Freunden und Verwandten Inhaftierter - auch von nationalsozialistischen Inhaftierten - oft die schnellste Freilassung verfügt, wenn es sich um Bagatellsachen bei der Festnahme gehandelt hat und das feststand.

-----

SPD. Rostock, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

In dem mecklenburgischen Flecken Neukloster erschienen am Donnerstag Kriminalbeamte und Polizisten. Man hatte ihnen zugetragen, dass im Konsumverein sich ein Waffenlager befände. Insbesondere suchten die Beamten nach einem Maschinengewehr. Die Polizeibeamten hätten ihre Zeit besser verwenden können, denn es wurde nichts gefunden. Die Ortsgruppe Neukloster der Nationalsozialisten, die offenbar sehr von Angst gepeinigt ist, hatte an die Hitler-Regierung in Schwerin ein Schreiben gerichtet, nach dem angeblich im Konsumverein in Neukloster sich Waffen befinden sollten:

-----

SPD. Breslau, 18. Aug. (Eig. Ber.)

Vor dem Sondergericht in Brieg wurden im Ohlauer Landfriedensbruchprozess am 4. Verhandlungstage wieder 39 Zeugen geladen. Auf Antrag der Verteidigung werden weitere zehn Entlastungszeugen vernommen werden und noch acht Entlastungszeugen geladen. Der Haftentlassungsantrag für fünf Reichsbannerleute aus Mechwitz wird durch Gerichtsbeschluss abgelehnt. Verteidiger Rechtsanwalt Förder beantragt die Untersuchung einer Belastungszeugin, die bereits wegen Kindesmordes mit 2 Jahren Gefängnis vorbestraft ist, auf ihren Geisteszustand.

Die Ereignisse auf der Postbrücke, bei denen der SA-Mann Konietzke ums Leben kam, haben sich wesentlich anders abgespielt, als es bisher von der blühenden Phantasie der politischen Gegner, die mit dem blutigen Vorfall hemmungslose Wahlpropaganda getrieben haben, dargestellt wurde. Nicht eine wilde Kampfhandlung, sondern eine Schlägerei muss es, nach den letzten Zeugenvernehmungen zu schliessen, gewesen sein. Denn sonst könnte nicht der SA-Mann Stöpel zusammen mit dem SA-Mann Felka, wie Stöpel aussagt, zur Postbrücke gegangen sein, dort den Gewerkschaftssekretär Manche getroffen haben, ihn habe fragen können: "Wo kommen Sie denn her?", worauf Manche ihm antwortete: "Ich habe nichts mit der ganzen Sache zu tun." Erst später sahen sie, wie Manche von Breslauer SA-Leuten verfolgt und gestellt wurde.

Auf die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Förder, ob Manche eine Pistole in der Hand hatte, antwortete der Zeuge Stöpel: "Nein!" Eine Zeugin Frau Don kam vom Baumgarten her und wollte die Postbrücke passieren. Dort sah sie Reichsbannerleute stehen und fragte: "Was ist denn hier los?" Antwort: "Die Nationalsozialisten haben unseren Manche geschlagen. Wir werden uns rächen". Sie ging dann nach der Stadt weiter.

Von den ärztlichen Gutachten ist das Zeugnis des Dr. von Tempsky beachtenswert. Danach wurde der Gewerkschaftssekretär Manche mit stumpfen Gegenständen auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen. Die frühere Sehkraft wird er nicht mehr zurückerlangen. Bei dem Zeugen Marx, der auf Veranlassung des Vorsitzenden vor Gericht sich entblösste, um seine 35 Zentimeter lange Rückenwunde zu zeigen, wird festgestellt, dass diese Wunde durch eine Operation notwendig geworden ist, weil der Verdacht vorlag, dass durch den Stich, den er erhalten hat, die Lunge beschädigt worden sein könnte. Es sollen bereits von nationalsozialistischer Seite Photographien dieser Operationswunde für illustrierte Zeitungen herausgegeben worden sein.

Für die Entlassung des Genossen Gewerkschaftssekretär Manche ist die Aussage des Gutssekretärs Walter Penzhör von Wichtigkeit. Er ist Stahlhelmann und in Baumgarten, einem Vorort von Ohlau, ansässig. Er befand sich unter den Radfahrern der Ohlauer SA. Die SS. Breslau folgten diesen Radfahrern in einem Abstand von etwa 15 Metern. "Auf einmal höre ich einen Ruf: Mensch, Manche, was habt Ihr heute angerichtet!" Es sprach sich unter den in der Schlossplatzecke bei der Postbrücke Umherstehenden schnell herum, dass der rote Manche da war. Manche erwiderte: "Die ganzen Vorfälle gehen mich ja garnichts an" und ging an dem Trupp der SS-Leute vorüber in Richtung Gartenstrasse. Plötzlich wurde er von den SS.-Leuten verfolgt und schoss. Das war der erste Schuss, der in der Gegend der Postbrücke fiel. (Manche hat 3 bis 4 Schreckschüsse abgegeben). Erst darauf setzte eine wilde Schiesserei ein. Nun stürmten Reichsbannerleute, mit Zaunlatten bewaffnet, vor. Bald darauf kamen schon Landjäger.

Der SA-Mann Felka will von der Postbrücke nach dem Steindamm I gelaufen sein, da er glaubte, dass von dort geschossen worden ist. Er schlug nach eigener Aussage mit einer Fahrradlampe einem vor dem Hause stehenden jungen Mann ins Gesicht, da er glaubte, dass dieser der Schütze sei. Der aber sagte: "Ich habe gar nichts getan". Ein paar Nationalsozialisten drückten die Haustür gewaltsam auf.

Durch mehrere Zeugenaussagen am Donnerstag wird der Gewerkschaftssekretär Manche immer mehr entlastet. Denn es stellte sich deutlich heraus, dass Manche überfallen wurde, bevor es zu dem blutigen Zusammenstoß auf der Postbrücke kam. Am Freitag werden noch 14 Zeugen vernommen. Am Sonnabend sollen die Plädoyers stattfinden. Das Urteil ist vor Montag kaum zu erwarten. Auf Antrag der Verteidigung wurden drei Reichsbannerleute aus Würben und der Angeklagte Quefter aus der Haft entlassen, da ihre Unschuld feststeht.

---

SPD. Köln, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Wieder wird ein Überfall von SA-Leuten auf einen SA-Mann gemeldet. In Grevenbroich wurde ein junger Nationalsozialist überfallen und mit Messern so zugerichtet, dass er wahrscheinlich sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird. Die Täter sind verhaftet. Nur mit Mühe konnte sie die Polizei vor dem Volkszorn schützen. Der hinterlistige Überfall erfolgte, weil der Nationalsozialist sich gegen die Beschuldigung gewehrt hatte, er habe Parteigelder unterschlagen. Seine SA-Kameraden lauerten ihm deshalb auf und behandelten ihn nach den Methoden, die ihnen von ihren Führern gelehrt werden.

Bei einem Kaufmann in Köln-Lindenthal erschienen zwei uniformierte SA-Leute und versuchten mit Gewalt eine Forderung von 200 Mark einzutreiben, die ein Mitglied der NSDAP an den Kaufmann zu stellen, aber der Gauleitung seiner Partei überschrieben hatte. Die beiden Burschen, die mit Gewalt in die Wohnung eindringen wollten, erklärten, sie würden nicht eher gehen, bis sie das Geld bekommen hätten. Im Notfall würden sie Verstärkung herbeiholen. Ein Angestellter des Kaufmanns rief das Überfallkommando herbei, das die beiden Burschen mitnahm.

Vor einiger Zeit veröffentlichte die "Rheinische Zeitung" das Rundschreiben eines Kölner nationalsozialistischen Gruppenführers, der seine Parteigenossen ersuchte, ihm Lebensläufe einzusenden, da demnächst 4 800 pensionsberechtigte Inspektoren nach staatlichen Gehaltssätzen für die Arbeitsdienstpflicht allein im Gebiet Köln-Aachen eingestellt würden. Jetzt ist dieser nationalsozialistische Stellenvermittler wieder aus der Nazi-partei ausgetreten. Bekannten, die ihn nach dem Grund fragten, antwortete er: "Ach, die könne auch nix."

---

SPD. Schwerin, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Dass es in der Nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Mecklenburg-Schwerin oft kunterbunt zugeht und dass man sich gelegentlich auch nicht über die einfachsten Fragen einig werden konnte, wusste man schon seit langem. Dazu ist diese Gesellschaft endlich auch gar zu bunt zusammengewürfelt. Dass aber das Hitlerkabinett die nationalsozialistische Landtagsfraktion und vor allem den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Krüger vor aller Öffentlichkeit desavouiert, ist immerhin pikant. Denn was anderes ist, wenn die Hitlerregierung nunmehr amtlich bekannt gibt, dass Staatsdienstgebäude nur auf Anordnung des Staatsministeriums und nur mit der Landesflagge geflaggt werden dürfen, wenn man gleichzeitig weiss, dass das Landtagsgebäude vor einigen Tagen stolz neben der blaugelbroten Landesflagge auch das Hakenkreuzbanner auf Anordnung des Landtagspräsidenten zeigte, der wohl im Einvernehmen mit seiner Fraktion handelte. Die nationalsozialistische Mehrheit sanktionierte gegen den heftigen Widerspruch aller übrigen Parteien dieses merkwürdige Vorgehen des Landtagspräsidenten noch durch einen ausdrücklichen Zustimmungsbeschluss. Ein Zusammenhang mit der



Hakenkreuzbeflaggung des Landtagsgebäudes war schon deswegen gegeben, weil die fragliche Verordnung der Regierung vom 11. August datiert, also unmittelbar nach der fraglichen Landtagssitzung herausgegeben wurde. Die Herren sind sich jedenfalls nicht einig. Im übrigen fordert die Verordnung der mecklenburgischen Naziregierung noch zu stärkster Kritik heraus. Die Naziregierung erlaubt ausgerechnet am Geburtstage der Reichsverfassung die gleiche Provokation, wie die anhaltische, um durch eine Verordnung zu verhindern, dass künftig auf Staatsdienstgebäuden sowohl wie von Dienstwohnungen der Beamten die Reichsflagge gezeigt wird!

SPD. Neustrelitz, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete von Mecklenburg-Strelitz, Herrmann Grosskopf, befasst sich kritisch mit seinen nationalsozialistischen Koalitionsbrüdern; Seine Erklärung wird am besten kommentarlos wiedergegeben. Sie lautet u. a.:

"Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kommt nach den Erfahrungen, die ich im Landtag gemacht habe, für den Mecklenburg-Strelitzer Landarbeiter nicht in Frage. Diese Partei war bisher im Reichstag noch nie in der Verantwortung. Ich kann sie aber sehr gut nach ihren bisherigen Taten in unserem Mecklenburg-Strelitzer Landtag beurteilen. Positive Arbeit ist von dieser Partei bisher auch in den Ausschüssen nicht geleistet worden. Die ganze Arbeit der Nazis besteht darin, dass sie undurchführbare Anträge einbringen, die nur auf Agitation und Wählerfang eingestellt sind. Für die Landarbeiterschaft hat die NSDAP bisher nichts getan. Die Nationalsozialisten haben durch ihre Agitatoren auf dem Land die Behauptung aufgestellt, dass die Deutschnationalen für die Einführung der Schlachtsteuer eingetreten wären. Dies ist eine bewusste Unwahrheit und Lüge und nur verbreitet worden, um sich Wähler zu fangen. Bezeichnend für die Unwahrhaftigkeit der Nazis ist die Tatsache, dass die nationalsozialistische Regierung in Braunschweig die Reichsregierung dringend ersucht hat, durch ein Reichsrahmengesetz die Schlachtsteuer als Reichssteuer einzuführen. Bezeichnend für die Nationalsozialistische Partei ist eine Tat des nationalsozialistischen Staatsrats Dr. Stichtenoth. Als der Staatsminister (gemeint ist der deutschnationale Minister Dr. von Michael) einige Zeit dienstlich abwesend war, hat der Staatsrat die Verfügung erlassen, dass sämtlichen Forstarbeitern gekündigt werden sollte, weil sie zum grössten Teil Sozialdemokraten und Kommunisten gewählt hätten. Diese Massnahme - so schreibt der deutschnationale Abgeordnete zum Schluss - war vollkommen abwegig."

Dieser deutschnationale Abgeordnete, der ja mit den Nationalsozialisten in einer Regierungskoalition sitzt, muss die Herren aus dem Hitlerlager ja sehr genau kennen.

(Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören

Freitag=Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

## Gummistempel als Wirtschaftsführer.

Von Fritz Tarnow, M.d.R.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie erhebt Anspruch darauf, als die Vereinigung der deutschen Wirtschaftsführer anerkannt zu werden. Noblesse oblige: Sofern es eine zentrale Verantwortlichkeit für das Geschehen in der privatkapitalistischen Volkswirtschaft gibt, liegt sie beim Reichsverband. Was tut er angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage? Welche Anstrengungen unternimmt er, um die Wirtschaft aus ihrer Erstarrung zu reissen, um die eingeschrumpfte Versorgungsbasis des deutschen Volkes wieder zu erweitern? Was schlägt er vor, um dem drohenden Unheil zu begegnen, dass im kommenden Winter die Sechsmillionenarmee der Arbeitslosen weiteren Millionenzuwachs bekommt?

Nur, der Reichsverband war am Mittwoch zu einer Tagung versammelt, um "Stellung zu nehmen". Zwar war es weniger das Bedürfnis nach eigener Initiative, was ihn aus dem Sommerurlaub aufgescheucht hat, als vielmehr die verlautbarte Absicht der Reichsregierung, nun endlich Arbeitsbeschaffungspläne ins Werk zu setzen. Angesichts der völligen Rat- und Hilfslosigkeit der privaten Wirtschaftsführer gegenüber dem Toben der ökonomischen Krise müsste man erwarten, dass die Unternehmer mit Freuden die Initiative des Staates begrüßen. Gewiss, sie sind auch durchaus nicht abgeneigt, neben geldlichen Subventionen öffentliche Aufträge entgegenzunehmen, sogar "in einem erheblich erweiterten Umfange als bisher vorgesehen". Aber es bleibt doch ein schmerzender Stachel zurück, dass der Staat sich anmaast, die gänzlich fehlende Unternehmerinitiative ersetzen zu können. Feierlich verkündet der Reichsverband den "Standpunkt, dass auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann".

Es würde sich verlohnen, an diesem Satze den Grad der volkswirtschaftlichen Erkenntnisse bei unseren obersten Wirtschaftsführern nachzuprüfen. Man weiss, dass im kapitalistischen System die Krisen nicht anders überwunden werden können als durch eine Neubelebung der Investitionstätigkeit. Eine der massgebendsten Persönlichkeiten im Reichsverband der deutschen Industrie, der Generaldirektor Dr. Köttgen, hat kürzlich im Reichswirtschaftsrat mit Recht darauf hingewiesen, dass nach der grossen Ueberinvestierung während der letzten Konjunktur auf Jahre hinaus ein Neubedarf an privatwirtschaftlich möglichen Investitionen im nennenswerten Umfange nicht bestünde. Auch vom privatkapitalistischen Standpunkt aus sind darum in der gegenwärtigen Situation öffentliche Investitionen wahrscheinlich das einzige, sicher das wirksamste Mittel, um den toten Punkt überhaupt überwinden zu können.

Indessen der angezogene Satz in der offiziellen Verlautbarung des Reichsverbandes ist nur die Einleitung für den Appell an die Regierung, nur ja nicht nachzulassen mit Massnahmen, die allein "konjunkturfördernd" seien. Man sollte meinen, dass der furchtbare Niedergang der Wirtschaft, der durch die planmässige Zerstörung der Massenkaufrkraft immer weiter getrieben wurde, auch der Unternehmerführung Anlass geben müsste, endlich einmal über neue konstruktive Möglichkeiten für die Wiederbelebung der Wirtschaft nachzudenken. Das ist vergebliches Hoffen.

Man hat seinen alten bewährten Gummistempel als Gedankenersatz: "Beseitigung der innerwirtschaftlichen Hemmungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen" und "Senkung der Produktionskosten, dass die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können."

Dass man schon seit vielen Monaten unentwegt "gesenkt" worden ist, dass die Wirksamkeit dieses Rezepts nun genugsam praktisch erprobt, dass das deutsche Volk damit bis an den Rand des Grabes "kuriert" worden ist, dass die

Wirtschaft umsomehr verfiel, je mehr die "Produktionskostensenkung" Fortschritte gemacht hat, alle diese Erfahrungstatsachen können Menschen nachdenklich machen, aber - sie haben keine Wirkung auf Gummistempel. Zu der Zeit als die deutschen Unternehmer Milliarden in sinnlosen Fehlinvestitionen verpulverten, haben sie jeden Tag geschrien, Deutschland würde untergehen, wenn nicht - mehr Kapital gebildet würde. Als die Absatzkrise der Konjunktur ein Ende machte, haben sie noch lauter geschrien, das Lohnniveau müsse radikal gesenkt werden, weil sie das für das einzige Mittel hielten, Verbrauch und Absatz wieder zu heben. Als unerklärlicherweise der Absatz trotz Lohnsenkungen immer weiter zurückging, haben sie sich mit verstärkter Wucht gegen die Tarifverträge geworfen, um jede Grenze für ein hemmungsloses Abgleiten der Löhne zu beseitigen.

Die wohlwollende Hilfe des Staates und der Druck der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit haben es den Unternehmern ermöglicht, ihre Absichten durchzusetzen. Die Mehrzahl der noch beschäftigten Arbeiter - von den Arbeitslosen ganz zu schweigen - hat heute ein Einkommen, das gerade noch notdürftig für Wohnung und Ernährung ausreicht. Weder ein Hemd noch Stiefel können sie sich kaufen. Die Betriebe, in denen Konsumgüter hergestellt werden, sind verödet. Die Fabriken, in denen Produktionsmittel fabriziert werden, sind geschlossen. In der Eisenerzeugung, bei der Kohlenförderung, im Handel, bei der Verkehrswirtschaft - überall nistet der Pleitegeier, weil der Umsatz fehlt. Die kleinen Gewerbetreibenden und Händler, die so inbrünstig das hohe Lied des Lohnabbaues mitgesungen haben, verfügen heute über genügend Zeit, darüber nachzudenken, dass ihr soziales Geschick untrennbar mit dem der Arbeiterschaft verbunden ist, wie auch die Not der Landwirtschaft mit dem Hungerriemen der Arbeiterklasse aufs Engste zusammenhängt.

Und der Reichsverband der deutschen Industrie greift zu seinem Gummistempel: Senkung der Produktionskosten, d.h. weitere Senkung der Löhne! Befreiung von den innerwirtschaftlichen Hemmungen, d.h. weiterer Abbau der noch übrig gebliebenen tarifvertraglichen Bindungen! Neben einem ärgerlichen Fußtritt gegen die Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung ist das alles, was die Herren und nach ihrer Meinung allein berufenen Führer der Wirtschaft dem verzweifelten Volke zu bieten haben.

Wenn im Reichsverband der deutschen Industrie noch ein kleiner Rest von Fähigkeit der Selbsterkenntnis vorhanden ist, müsste dort begriffen werden, dass die "tiefe antikapitalistische Sehnsucht", die durch das deutsche Volk geht, nicht ausschliesslich aus den sachlichen Nöten stammt. Sie ist wesentlich mit verursacht durch die Entgötterung der sogenannten Wirtschaftsführer, bei denen das Missverhältnis zwischen Ansprüchen und Leistungen zu krass geworden ist, als dass nicht im Volksbewusstsein die Frage akut werden musste, ob die Wirtschaft noch länger einer solchen Führung anvertraut bleiben darf.

---

SPD. Warschau, 18. Aug. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Vormittag ist die Gattin des polnischen Staatspräsidenten Professor Moscicki gestorben.

---

# Aus aller Welt

16 500 m hoch!

Am Donnerstag Nachmittag gegen 17 Uhr landete Professor Piccards Stratosphärenballon in Oberitalien! - Der glückliche Verlauf der Fahrt.

SPD.Zürich, 18.August (Eig.Drahtb.)

Nach einer soeben in Zürich eingetroffenen Meldung sind Piccard und Cosyns in ihrem Stratosphärenballon "FNRS" kurz vor 17 Uhr in der Nähe der oberitalienischen Städte Verona und Brescia, vermutlich am Südufer des Gardasees, niedergegangen. Die grösste erreichte Höhe dürfte 16 500 m gewesen sein, der Aufenthalt in der Stratosphäre etwa 3 Stunden gedauert haben.

Ein erregender Tag, wichtig für die Wissenschaft, reich an Eindrücken für die Zuschauer und anstrengend für die durch Arbeit mit ihm verbundenen, ist beendet. Nicht weniger als etwa 30 000 Menschen waren heute morgen um 5 Uhr 7 Zeuge des Aufstiegs des Stratosphärenballons "FNRS" gewesen. Am Vorabend waren sie in Extrazügen und vielen Autos aus allen Teilen der Schweiz nach Dubendorf gekommen; die Nacht über waren sie Zeugen der interessanten Vorbereitungen; dann reckten sie lange die Hälsen, um den Aufstieg genau zu verfolgen, das schöne Bild, das er bot, geniessen zu können. Die Stille ihrer Bewunderung verschmolz mit der Ruhe des klaren, prachtvollen Sommermorgens. Die ewige Sensation der alpinen Natur schien übertrumpft von der aktuellen Sensation der Technik der Wissenschaft und des Mutes.

## Der Aufstieg.

Noch lebte in der Erinnerung ein wundervolles Bild: die allmähliche Anschwellung des mit Wasserstoff gefüllten Stratosphärenballons; der Eifer, der von Professor Piccard geleiteten Vorbereitungsarbeiten; der magische Glanz, der von 30 Scheinwerfern und zahllosen tragbaren Blinkfeuerapparaten über den Riesenballon geschüttet wurde. Nach der Einführung des Ventils in die Gondel hatte sich Professor Piccard noch einmal der Presse "gestellt", seine Frau bei der einen, einen Rucksack mit Proviant in der anderen Hand. Er erzählte, dass das Gewicht des Balastes etwa 650 Kilogramm betrage. Man fragte ihn, ob er nach Süden oder Norden fahren würde; er antwortete humorvoll, dass er sich noch nicht festlegen möchte, vielleicht entscheide er sich für den Süden, wenn ihm einer sagte, ob da unten die Datteln schon reif seien...

Als der Horizont hinter den Bergen im morgendlichen Licht aufflammte, hörte man Piccards Gruss: "Vielen Dank allen, die geholfen haben!", dann die letzten Kommandos: "Alle Mann an die Seile! Anheben! Seile durchschneiden! Festhalten! Alles klar! Langsam hochlassen! Nochmals anziehen! Los!"

Langsam hob sich "FNRS" ins Weltall. Mehrere Flieger, unter ihnen Mittelholzer, eilten ihm nach und - zahllose herzliche Wünsche.

## Die Flugroute.

Zuerst nahm der Ballon nördlichen Kurs. Ein besonders schönes Bild bot er nach etwa 20 Minuten, als ihn der goldene Glanz des ersten Sonnenstrahls traf. Das Licht floss weiter in die Alpenkette, holte Minute um Minute die charakteristischen Formen der einzelnen Bergmassive aus dem Dunst des Nebels heraus, liess sie wachsen und wachsen - während der Ballon immer kleiner und kleiner wurde. Um sechs Uhr war er ein Punkt am wolkenlosen

Himmel. Aber um 6,30 Uhr umhüllte ihn eine immer grösser werdende weisse Wolke, die, mehrere Male so gross als der Ballon selbst, vermutlich mit Verdampfungserscheinungen beim Eintritt des Ballons in kalte Luftschichten zu erklären ist. Da hatten die Leute in Zürich viel zu staunen und viel zu diskutieren.

Um 7,35 Uhr wurde der Ballon in Stuben am Arlberg (Tirol) in etwa 5 000 Meter Höhe gesichtet. Um 9,33 Uhr kam der erste Piccard-Funkspruch: "Alles in Ordnung, befinden uns 14 000 bis 15 000 Meter. Um 9,40 Uhr fliegen gegen Meran." Der nächste Funkspruch: "Hier alles gut. Messungen gut. Höhe 14 bis 15 000 Meter."

Um 8,45 Uhr wurde der Ballon über Landeck am Inn (Tirol) gesichtet. Um 9,45 Uhr sah man ihn über Zuoz (Engadin), kurze Zeit später über Davos, um 10 Uhr über der Silvretta-Gruppe. Um 11,31 Uhr, als der Ballon gerade über Pochiavo, an der schweizerisch-italienischen Grenze, gesichtet wurde, traf in Zürich die Funkmeldung ein: "Haben Engadin und Samaden überflogen in einer Höhe von 16 500 Metern. Alles ist in Ordnung. Aber sehr kalt." Etwa 10 Minuten später kam von "FNRS" der Funk: "Wir werden bald niedergehen, um das Adriatische Meer zu vermeiden. Der Gardasee ist schon in Sicht." Um 1,20 Uhr wurde Piccards Ballon von dem 2 256 Meter hohen Berninahospiz aus gesichtet. Als Flugrichtung wurde Venedig angegeben; es hiess ferner in der Bernina-Meldung, dass der Ballon sehr rasch falle.

#### Die verführerische Venus.

Die den Ballon verfolgenden Flieger und Autos hatten nur wenig Glück, da sie das Ziel ihrer Sehnsüchte und -Kameras bei dem bunten Zickzack durch die nicht immer leicht zu durchkreuzende Schweiz fast sämtlich aus den Augen verloren und nicht wiederfanden. So hat z.B. der bekannte Schweizer Gordon-Bennett-Ballonführer Major Gerber, der eine Gruppe von fünf Presse- und Filmautos leitete, in Sargans an der Schweizer Ostgrenze stundenlang die auch am Tag ziemlich hell scheinende Venus beobachtet - weil er sie für den Piccard-Ballon hielt. Erst als er ängstlich in Zürich anrief, um mitzuteilen, dass Piccard überhaupt nicht mehr vom Fleck käme, konnte man ihn über seinen Irrtum aufklären.

Mehr Glück hatten die Beobachter an den Radioapparaten. Sie waren zufrieden, da ihr "hoher" Gegenspieler, der Sender in der Stratosphären Gondel, ausgezeichnet funktionierte.

#### Regeners Experiment.

Wie man weiss, ist erst vor wenigen Tagen in der Nähe von Stuttgart ein unbemannter Stratosphären-Doppelballon aufgestiegen und bis in eine Höhe von 28 000 Meter gelangt. Da die Bemühungen Regeners die gleiche Tendenz haben wie die wissenschaftlichen Beobachtungen Piccards, - nämlich die Erforschung der ultravioletten Strahlen - nahm ein in Zürich weilender Pressevertreter eines Chicagoer Blattes Gelegenheit, Professor Piccard über den Regenerschen Ballonaufstieg zu befragen. Professor Piccard soll erklärt haben, dass er an der Genauigkeit von Messungen, die in solchen Höhen mit Instrumenten, die ohne menschliche Betätigung arbeiten, gemacht werden, zweifelte. Professor Piccard führte weiter aus: Ich halte sehr viel von Professor Regener, aber die Tatsache, dass er selbst offiziell über seine Feststellungen noch nichts veröffentlichte, ist mir ein Beweis dafür, dass er noch keine Entscheidungen über die Zuverlässigkeit der Ergebnisse getroffen hat. Es steht fest, dass die Temperaturen die Messungen der kosmischen Strahlungen beeinflussen. Vielleicht ist über 16 km Höhe eine Abnahme zu verzeichnen. Jedenfalls haben sich die bisherigen Stratosphärenmessungen mit unbemannten Freiballons als fehlerhaft erwiesen. Instrumente, die unter menschlicher Aufsicht ihre Messungen verzeichnen, arbeiten wohl doch genauer."

+ + +

## Gegen den Nazi-Rundfunk!

### Ein Aufruf des Arbeiter-Radiobundes.

SPD. Die Politisierung des Rundfunks durch die augenblickliche, angeblich überparteiliche Reichsregierung hat bei allen Hörern, die einen überparteilichen, objektiven Rundfunk wollen, starke Erbitterung hervorgerufen. Man kann aufgrund von Meldungen, die den massgebenden Organisationen vorliegeb, konstatieren, dass in den letzten Tagen rund 20 Prozent der Rundfunkhörer in den Städten abbestellt haben, weil ihnen die Verscholzung des Rundfunks nicht passt. Ob aber Massenkündigungen die geeignete Art alles Protestes sind, bleibt vorerst zweifelhaft. Die Massenkündigung sollte ein letztes Mittel bleiben, wenn alle Versuche fehlschlagen, einen Einfluss der Hörer kraft ihrer wirtschaftlichen Macht auf die Programmgestaltung zu erreichen. Für dieses Ziel kämpft der republikanische Arbeiter-Radiobund, der jetzt gemeinsam mit der "Eisernen Front" eine Front der werktätigen Rundfunkhörer schafft. Als Auftakt für diese grosse Aktion erlässt der Arbeiter-Radiobund folgenden Aufruf:

"Wenige Wochen nationalsozialistischer Einwirkung haben genügt, den Rundfunk zu einem kitschigen Verdummungsmittel werden zu lassen. Die Nationalsozialisten, die auszogen den Rundfunk zum Kulturinstrument zu gestalten, bilden ihn nun um zur Schimpftribüne. Unter der Freiherrn-Parole: "Ausmerzungen aller undeutschen fremden Einflüsse" wird der gesamte Rundfunk gegen den Willen der werktätigen Hörer umorganisiert. Sie Vertreter eines freien Volksrundfunks sollen aus den Rundfunkstellen verschwinden. Man will unter sich sein. Kein aufrechter Republikaner, kein Sozialdemokrat, kein Gewerkschaftler kein Freidenker, kein Arbeiterdichter, kein Arbeitersänger sollen mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon. Das verstehen die Nationalsozialisten unter "Deutsch der Rundfunk".

Rundfunkhörer, wollt ihr euch das für eure Rundfunkgebühr weiter gefallen lassen? Nein! Aber wilde Hörerstreiks sind wertlos, daher schädlich und abzulehnen. Die berechtigte Erbitterung der Hörer darf nicht zur unbedacht-samen Abmeldung von Rundfunkanlagen führen. Sie muss vielmehr der Stärkung der Front der werktätigen Rundfunkhörerschaft dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen kann.

Gegen Alleinherrschaft der Bürokratie im Rundfunk! Für Mitbestimmungsrecht der organisierten Hörerschaft! Für eine dem werktätigen Volk würdige Rundfunkgestaltung!"

Es wird dann aufgefordert, dass diejenigen Rundfunkhörer, die bereit sind im Rahmen der Eisernen Front alle Massnahmen zu unterstützen, die eine Neutralisierung des Rundfunks erzielen, ihre Namen und Adressen dem Arbeiter-Radiobund bekannt geben.

+ + +  
Das grosse Los! Am Donnerstag-Vormittag wurde auf Los Nr. 246 518 der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie der Grosse Los-Gewinn in Höhe von 500 000 Mark gezogen. Das Los wird in beiden Abteilungen in Achtern in Niederschlesien gespielt.

+ + +  
Weiss - "Angriff". Der vom Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiss beantragte Prozess gegen die Berliner "Angriff"-Redakteure Krause und Lippert findet vom 2. bis 7. September vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I Berlin statt.

+ + +  
Bode im Bodenlosen. Der von Landgerichtsdirektor Bode geleitete Berliner Felsenbeck-Prozess, der sich bereits seit Monaten hinzieht, ist bis zum 25. August ausgesetzt worden.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Abbruch der Wohlfahrt.

Der Kuli als Vorbild.

SPD-Brutalität - dies ein Wort genügt zur Charakterisierung des neuen politischen Kurses in Deutschland. Nur Brutalität kann den ungeheuren Widerspruch ertragen, dem wir zur Zeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens begegnen. Auf der einen Seite katastrophaler Absturz der Volksgesundheit, auf der andern Abbruch der Wohlfahrt durch falsche Sparsamkeit. Die Einrichtungen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge werden rücksichtslos beseitigt. Mütter- und Schwangerenberatungsstellen gehen ein. Die Zahl der Schulärzte, die ohnedies unzureichend war, ist erheblich eingeschränkt worden. Trinker- und Psychopathenfürsorge gibt es kaum mehr. Schulspeisungen und Schulbäder sind eine Seltenheit geworden. Die Krüppelfürsorge ist dem Mangel an öffentlichen Mitteln zum Opfer gefallen. Kranken- und ähnliche Anstalten sind in grosser Zahl geschlossen worden. Die nicht geschlossenen Krankenhäuser stehen, im Reichsdurchschnitt gesehen, zu 25 Prozent, die Heil- und Pflegeanstalten zu etwa 20 Prozent leer.

Es geht hier ähnlich wie bei der Arbeitslosigkeit. Diese steigt, obwohl ihre Ziffern sinken. Die Gesundheitsfürsorge wird abgebaut und die Gefahren der Volksgesundheit steigen. Die Entbehrungen auf dem Gebiet der Ernährung und Wohnung zeigen immer üblere Folgen. Viele Krankheiten wie Kreislaufstörungen, Mandel- und Rachenentzündungen, Furunkel, Krätze, Entzündungen der Harnorgane, Krebs und andere bösartige Neubildungen, Lungenentzündungen, Magengeschwüre, Gelenkrheumatismus usw. sind um etwa 20 Prozent gestiegen. Die nichtvenerischen Krankheiten der weiblichen Geschlechtsorgane haben sich verfünffacht. Die Fehlgeburten halten Schritt mit der steigenden Arbeitslosigkeit. Die Krankheiten des Nervensystems haben sich verfünffacht. Beim Alkoholismus ist eine Steigerung um 60 Prozent zu verzeichnen. Schnaps- und Nikotinvergiftungen sind ja bekannte Begleiterscheinungen der Unterernährung. Die Leiter der besten deutschen Krankenanstalten - sie alle bekunden, dass der Ernährungszustand der Neuaufgenommenen heute wesentlich schlechter ist und dass die damit zusammenhängenden Krankheitserscheinungen zahlreicher und ernster geworden sind.

Ganz wie während des Krieges, so beglücken auch heute wieder fragwürdige Vertreter der ärztlichen Wissenschaft das Volk mit allerhand Hungerrezepten. Im Weltkrieg war das Blutbad als Stahlbad für das deutsche Volk gepriesen worden, Dörrgemüse war als Medizin verschrieben und Kohlrübenmarmelade als ebenso gut wie Milch für die Säuglinge empfohlen worden. Und heute? Ein Gutachten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin will wissenschaftlich nachweisen, wie hoch die Kosten für einen notdürftigen Haushalt, d.h. für einen Unterhalt sind, der die Existenz des Lebens und die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit gewährleistet.

In den letzten Jahren hiess es, dem Körper müssten möglichst viel Vitamine zugeführt werden, jetzt behauptet man zur Abwechslung das Gegenteil. Das Gutachten sagt, dass bei der üblichen gemischten Kost Vitamine in ausreichender Menge vorhanden seien. Was unter dieser üblichen gemischten Kost

zu verstehen ist, wird in dem Gutachten im einzelnen dargelegt. Bei schwerer Muskelarbeit könne eine Ernährung angemessen sein, die fast ausschliesslich aus Gemüse, Brot, Reis und Kartoffeln bestehe. Wenn ein schwerarbeitender Handwerker, z.B. ein Steinhauer, 1800 Gramm Roggenbrot und 125 Gramm Käse zu sich nehme, dann enthalte diese Ernährung alles, was zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit notwendig sei. Das Gutachten verweist auf den japanischen und chinesischen Kuli, der sich von Reis und wenigen Zusätzen ernähren könne und dessen Leistungsfähigkeit der Europäer bewundere.

Der Verbrauch von Butter, Eiern, Obst und Fleisch - besagt das Gutachten weiter - müsse eingeschränkt werden, weil diese Lebensmittel einen nur notdürftigen Unterhalt zu sehr verteuern, und dafür müsse in erster Linie Schmalz, Margarine, Nahrungsmittel, Kartoffeln und Gemüse berücksichtigt werden. Insbesondere könne bei vorwiegender Muskelarbeit der Verbrauch von Fleisch, Gemüse und Nahrungsmittel weiter eingeschränkt und dafür der Brot- und Kartoffelverbrauch erhöht werden. Was die Wohnung betreffe, so müsse dem unverheirateten Mann eine Schlafstelle genügen. Besondere Ausgaben für Heizung und Beleuchtung seien im allgemeinen nicht in Rechnung zu stellen. Man könne sie nicht unter den Begriff des notdürftigen Haushalts fallen lassen. Für eine Arbeiterfamilie müsse eine Einzimmerwohnung als üblich und standesgemäss selbst bei Vorhandensein mehrerer Kinder betrachtet werden.

Das Gutachten schliesst ab mit einer Mark- und Pfennigrechnung. Danach soll ein unverheirateter Mann, der körperlich schwere Arbeit zu leisten hat, sofern er bei seinen Angehörigen lebt, für die Ernährung mit einem Betrag von 69 Pfennig pro Tag auskommen. Wenn er bei fremden Leuten wohnt, wird ein Betrag von 1,21 Mark für ausreichend erachtet. Knaben über 14 Jahre sollen ebenfalls für die Ernährung mit 69 Pfennig auskommen, während für Mädchen im selben Alter 62 Pfennig als genügend bezeichnet werden. Für Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren werden 52 Pfennig und für Kinder unter 9 Jahren 34 Pfennig als ausreichend erachtet. Derselbe Betrag für Erwachsene wird für alle sonstigen Ausgaben - also für Kleidung, Wäsche, Körper- und Gesundheitspflege, Bildung, Erholung, Sozialversicherung, Steuern, Verbandsbeiträge usw. - als ausreichend bezeichnet.

Das Gutachten ist nicht veröffentlicht worden. Das war das Beste, was das Statistische Amt der Stadt Berlin tun konnte; denn es kann ja nicht seine Aufgabe sein, die Stadt Berlin bei der Bevölkerung in Misskredit zu bringen. Dass die Fresser gezogen werden, ist ein bekanntes Wort des Volksmundes, aber in diesen Tagen der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit hat dieses Wort doch recht wenig aktuelle Bedeutung. Fastenpredigten sind im übrigen aber von jeher nur als elende Heuchelei und als dreiste Herausforderung betrachtet worden, wenn die Prediger nicht selbst mit dem guten Beispiel vorangingen. Die Herrschaften, die Deutschland im Zeichen des Hungers erneuern wollen, müssen sich, wenn sie ernst genommen werden wollen, dazu bequemen, ihre Hungertheorie an sich selbst zu erproben. Man sollte diese Herrschaften dazu zwingen, einige Monate schwere körperliche Arbeit zu verrichten und dabei von Reis, Kartoffeln und trockenem Brot zu leben und im übrigen mit ihrer Familie in einer Einzimmerwohnung ohne Heizung und Beleuchtung zu kampieren. Sie wären dann von ihrer Hungertheorie sehr schnell kuriert.

SPD. Für Freitag den 19. August hatte der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Spitzengewerkschaften zu einer Besprechung geladen. Diese Besprechung ist plötzlich wieder abgesagt worden. Sie findet vielleicht in



der kommenden Woche statt.

Die Besprechung sollte sich nach Mitteilungen, die aus dem Kreis der christlichen Gewerkschaften stammen, mit der Frage der Auflockerung des Tarifwesens beschäftigen. Das Reichsarbeitsministerium, so verlautet, arbeite zur Zeit im Auftrag der Reichsregierung einen Vorschlag für die Tarifauflockerung aus. Neben diesem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums seien nun plötzlich noch andere Vorschläge im Kreise der Reichsregierung gemacht worden.

Allem Anschein nach liegt hier der Grund für die Verschiebung der Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Spitzengewerkschaften. Den Scharfmachern ist der Auflockerungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums zu zahn. Sie wollen aufs ganze gehen und mit dem Tarifrecht überhaupt Schluss machen. Ihnen fehlt, wie die "Deutsche Bergwerkszeitung" in ihrer Donnerstag-Nummer betont, das sichtbare Zeugnis von dem Willen zu durchgreifenden Reformen, wie sie etwa die Abschaffung der Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen einleiten könnte. "Weitgehender Verzicht auf die Anwendung der Verbindlicherklärung, wie wiederholt festzustellen war, und ihre gänzliche Abschaffung bedeutet", so sagt das Organ des Grubenkapitals, "nämlich keineswegs dasselbe. Verzicht hebt eine Rechtsinstitution nicht auf, die unheilvoll genug zum Schaden aller gewirkt hat und wieder wirken kann, sobald im politischen Spiel die Kräfte und Grössen wechsell sollten. Will man einer Wiederholung von Gefahren in der Zukunft vorbeugen, will man eine Neuauflage der Missgriffe der Vergangenheit zum mindesten erschweren, so heisst es jetzt ganze Arbeit machen und sich nicht begnügen mit den Möglichkeiten der Anwendung des bestehenden, einem überwundenen Geiste entsprechenden Rechte

Das ist deutlich genug. Die Scharfmacher, die im Hintergrund des neuen politischen Kurses die Reichsregierung zu immer neuen Angriffen auf die Errungenschaften der Arbeiter vorwärtspeitschen, wollen die Stunde nützen. Sie fürchten, dass eines Tages das Volk mit dem Hitlerspuk, auf dem die gegenwärtige Machtstellung der Schwerindustrie beruht, Schluss machen wird. Sie wollen also rechtzeitig das Tarifvertragsgebäude nicht nur abtragen, sondern bis auf den Grund zerstören. Sie fürchten, ein blosser Abbau könne eines Tages, wenn Hitler und seine Geldgeber in Deutschland ausgespielt haben, wieder gutgemacht werden. Bleiben die Fundamente, dann kann ein Bau nach wieder aufgeführt werden. Deshalb der Schrei der Bergwerkszeitung nach "ganzer Arbeit".

SPD. Das Gerede über den Arbeitsdienst, mit dem die Rechtspresse Tag für Tag die Öffentlichkeit behelligt, wird allmählich unerträglich. Dass die Reichsregierung daran denkt, so etwas wie eine Arbeitsdienstpflicht einzuführen, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet, ist wirklich nichts Neues mehr. Aber die Regierung kann natürlich nicht einfach ins Blaue hinein experimentieren. Sie muss das Gutachten des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst zunächst einmal abwarten, bevor sie einen Schritt weiter gehen kann. Dieses Gutachten aber kann, wenn es einen Wert haben soll, nach unserm Dafürhalten vielleicht Ende des Jahres herauskommen; denn Erfahrungen über die Auswirkungen der Erweiterung des Arbeitsdienstes, die sich nur auf 4 oder 6 Wochen erstrecken, haben wenig Beweiskraft.

Einstweilen ist, wie von massgebender Stelle versichert wird, der An- drang zum Freiwilligen Arbeitsdienst noch immer recht stark. Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen beträgt nach den neuesten Feststellungen des Reichs- kommissars rund 100 000. Zu irgend einem Arbeitszwang besteht also nicht die geringste Veranlassung.



## Die Zinsbelastung der Wirtschaft.

Hausbesitz und Landwirtschaft am stärksten entlastet.

SPD. Wenn die von offiziellen Untersuchungen unter allen Umständen zu verlangende Zuverlässigkeit in diesem Falle gewährleistet ist, dann muss man das Institut für Konjunkturforschung für eine Untersuchung dankbar sein, die die Kapitalverschuldung der ganzen deutschen Volkswirtschaft und die auf der Gesamtwirtschaft liegenden Zinslasten zum Gegenstande hat und die jetzt veröffentlicht worden ist. Die Untersuchung trägt den Namen "Zinslast und Verschuldung"; sie ist in dem am 17. August erschienenen Wochenbericht des Konjunkturforschungsinstituts veröffentlicht. Ihr bemerkenswertes Ergebnis ist, dass der deutsche Hausbesitz für seine Verschuldung die niedrigsten Zinsen zahlt, aber durch die Notverordnung vom Dezember am stärksten entlastet wurde. Weiterhin: dass die deutsche Landwirtschaft mehr als den Durchschnittszinssatz zu tragen hat, durch die Notverordnung vom Dezember v. J. aber ebenfalls ausserordentlich stark entlastet worden ist. Im einzelnen werden in der Untersuchung folgende als grundlegendes volkswirtschaftliches Material sehr wichtige Feststellungen getroffen:

Die gesamte Zinslast, die die öffentliche und private Wirtschaft für Lang- und Kurzkredite zu zahlen hat, wird für Mitte 1932 auf jährlich 6,2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Zinslast von 6,2 Milliarden entspricht eine Verschuldung von etwas über 90 Milliarden Mark, von denen 60 Milliarden langfristige und etwa 30 Milliarden kurzfristige Kredite sind. Im Jahre 1931 betrug die gesamte Zinslast noch 7,6 Milliarden Mark. Es ist bis Mitte 1932 insgesamt eine Entlastung um 1,4 Milliarden Mark eingetreten. Diese Entlastung ist in der Hauptsache auf die Zinssenkung für langfristige inländische Kredite durch die Dezember-Notverordnung ab 1. Januar zurückzuführen.

Die Gesamtzinslast von 6,2 Milliarden gliedert sich in 3,5 Milliarden (1931 noch 4,8) für die Verzinsung der langfristigen Kredite und 2,7 Milliarden (im Jahre 1931 noch 2,8) für die Verzinsung der kurzfristigen Kredite. Fast 1/5, rund 1,2 Milliarden, kommen etwa je zur Hälfte auf die Verzinsung von lang- und kurzfristigen Auslandskrediten.

Während die Zinslast aus inländischer Verschuldung so beträchtlich gesenkt wurde, ist die Zinslast aus den Auslandsschulden nahezu unverändert. Die langfristige Inlandsverschuldung lautet überwiegend auf Zinssätze bis zu 6 Prozent. Die Nominalzinsen der Auslandsanleihen sind zum grössten Teil höher als 6 Prozent; sie beträgt bei fast 30 % sogar mehr als 7 %. Der durchschnittliche Effektivzins für alle seit der Währungsstabilisierung aufgenommenen Auslandsanleihen beträgt für den Anleiheschuldner (dabei ist der oft unter Pari liegende Auslandskurs berücksichtigt) 9,05 %. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den kurzfristigen im Ausland aufgenommenen Schulden.

An der Gesamtverschuldung sind kurzfristige Kredite mit 33 %, dieselben Kurzkredite sind an der Zinslast aber mit 44 % beteiligt. Das entspricht der Erfahrung, dass kurzfristige Kredite immer teurer sind als langfristige, zu denen ja auch die billigeren Hypothekenschulden gehören.

Besonders wichtig und interessant sind die Feststellungen über die Verteilung von Verschuldung und Zinslast auf die einzelnen Wirtschaftszweige.

Die Verschuldung der Landwirtschaft betrug 1930 11,63, 1931 aber 11,77 Milliarden Mark. Für Mitte 1932 hatte sich die Zinslast der Landwirtschaft aber gegenüber dem Vorjahr von 1,01 auf 0,85 Milliarden Mark verringert, also um 160 Millionen Mark! Beim Hausbesitz hatte sich 1931 gegenüber dem Vorjahr die Gesamtverschuldung von 26,05 auf 27,95 Milliarden erhöht. Die gesamte Zinslast betrug aber Mitte 1932 nur 1,51 gegen 1,83 Milliarden Mark im Jahre vorher, also 320 Millionen Mark weniger. Auf Reich, Länder, Provinzen und Gemeinden kam 1931 eine Kapitalverschuldung von 22,22 gegen 22,13 Milliarden im Jahre vorher. Die Zinslast war Mitte 1932 mit 1,43 Milliarden gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Auf öffentliche Unternehmungen und Zweckverbände kam 1931 eine Verschuldung von 5,30 Milliarden gegen 4,49 Milliarden im Vorjahr. Ihr entspricht zu dem angegebenen Zeitpunkt eine vergleichsweise unveränderte Zinslast von 0,34 Milliarden. Die eigentliche Privatwirtschaft, Handel, Verkehr, Handwerk, Industrie usw., zeigte 1931 eine Kapitalverschuldung von 26,36 gegenüber 30,30 Milliarden im Jahre vorher. Es sind also rund 4 Milliarden Mark von der Privatwirtschaft in diesem einen Jahre getilgt worden. Ein guter Beweis für die Unwahrhaftigkeit der Behauptung, die Privatwirtschaft sei unrentabel; z.T. freilich auch eine Folge der Schuldentilgung aus durch die Krise freigesetzten Kapitalien. Dieser ausserordentlich beachtlichen Senkung der Kapitalverschuldung in der Privatwirtschaft steht auch eine sehr starke Entlastung der gesamten Zinslast zu Mitte 1932 von 3,00 auf 2,10 Milliarden Mark, also um 900 Millionen Mark, zur Seite.

Insgesamt bestand Mitte 1931 für die deutsche Volkswirtschaft eine Verschuldung von 93,6 Milliarden gegen 94,6 Milliarden ein Jahr vorher und eine Zinsbelastung von 6,23 Milliarden zur Mitte 1932 gegen 7,61 Milliarden ein Jahr vorher.

Wichtig ist auch die verschiedenen durchschnittliche Zinsbelastung der einzelnen Gewerbezweige, wobei der innere Wert der nun folgenden durchschnittlichen Zinsbelastung aus der ganz verschiedenen Verteilung von kurz- und langfristigen Krediten auf die einzelnen volkswirtschaftlichen Zweige erst festgestellt werden müsste. In diesem Punkte muss man sehr bedauern, dass die Untersuchung des Konjunkturforschungsinstitutes unvollständig ist. Für die Landwirtschaft ist eine durchschnittliche Jahresverzinsung der festgestellten Kapitalverschuldung von 7,2 % ermittelt, für den Hausbesitz (absolutes Ueberwiegen der Hypothekenschulden) von nur 5,4 %, bei Reich, Staat, Provinzen und Gemeinden von 5,9 %, bei öffentlichen Unternehmungen von 6,6 %, bei Handel, Verkehr, Handwerk und Industrie, also in der eigentlichen Privatwirtschaft von 8,0 %. So interessant diese Ziffern sind, so sind sie doch in der ganzen Aufstellung die am wenigsten wertvollen. Das Bild würde sich nämlich von Grund auf ändern, wenn die Tatsache berücksichtigt werden würde, dass die Privatwirtschaft überwiegend kurzfristig und deshalb teuer, die Landwirtschaft, je nach Gross- und bäuerlichen Betrieben ganz verschieden kurz- und langfristig, die öffentlichen Unternehmungen überwiegend langfristig und der Hausbesitz fast ausschliesslich langfristig verschuldet sind.

SPD. Im Juli 1932 wurden 330 000 Tonnen Zement abgesetzt, gegen 323 000 Tonnen im Juni. Im Juni vorigen Jahres betrug der Zementabsatz 452 000 Tonnen, sodass ein Rückgang von rund 27 Prozent festgestellt ist.

SPD. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen die Reichseinnahmen im ordentlichen Haushalt im Juni 635,0 Millionen (gegen 631,3 Millionen im Mai). Die Ausgaben betragen 590,5 Millionen (gegen 731,3 Millionen im Mai). Für Juni ergab sich infolgedessen eine Mehreinnahme von 44,5 gegenüber einer Mehrausgabe von 100,0 Millionen im Mai. Von April bis Juni, also im ersten Quartal des Rechnungsjahres 1932/33, betragen die Einnahmen 1895,9 und die Ausgaben 1812,7 Millionen Mark, sodass sich Ende Juni eine Mehreinnahme von 83,2 Millionen Mark ergab. Gemäss dem Schuldentilgungsgesetz vom 23. Oktober 1930 verringert sich nach einer Tilgung um 105,0 Millionen der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1532,3 Millionen auf 1427,3 Millionen Mark. Das Defizit im ordentlichen Haushalt beläuft sich unter Berücksichtigung des Fehlbetrages Ende Juni auf 1344,1 Millionen. Im ausserordentlichen Haushalt wurden im Juni 2,7, von April bis Juni 6,9 Millionen Mark verausgabt, während Einnahmen nicht ausgewiesen werden. Der vom letzten Rechnungsjahr her bestehende kassenmässige Bestand von 58,0 Millionen vermindert sich daher auf 51,1 Millionen Mark. Das Gesamtdefizit im ordentlichen und ausserordentlichen Haushalt beträgt einschliesslich der aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge 1293,0 Millionen.

SPD. Im Zentralverband deutscher Konsumvereine wurden am Ende des zweiten Vierteljahres 2 783 763 Mitglieder gezählt gegen 2 895 431 am Ende des ersten Quartals und 2 930 193 am Ende des zweiten Quartals des Vorjahres. Der Umsatz ist im zweiten gegenüber dem ersten Vierteljahr 1932 stabil geblieben. Er betrug 194,8 gegenüber 194,6 Millionen Mark im ersten Quartal. Gegenüber dem zweiten Quartal 1931 mit 261,6 Millionen Mark bleibt der Rückgang freilich sehr beträchtlich. Je Mitglied wurden im zweiten Quartal 69,97 Mark umgesetzt gegen 67,21 Mark im ersten und noch 89,28 Mark im zweiten Quartal des Vorjahres. Angesichts des Rückganges der Mitgliederzahl und der noch weiter gesenkten Preise bedeutet die Erhöhung des Pro-Mitglied-Umsatzes im zweiten gegenüber dem ersten Quartal 1932, dass sich die Treue der Mitglieder gegenüber ihrer Organisation in bemerkenswerterweise verstärkt hat. Das ist bedeutsam gegenüber der Tatsache, dass die Spareinlagen im zweiten gegenüber dem ersten Quartal sich weiter von 298,9 auf 276,4 Millionen Mark verringert haben. Diese Verringerung ist nur daraus zu erklären, dass wirkliche Armut und echter wirtschaftlicher Geldbedarf, nicht aber eine eigentliche Beunruhigung über die Sicherheit der Gelder die Einleger zu Rückforderungen veranlasst hat.

Die übermässige Rückforderung von Spareinlagen hat bei dem Breslauer Spar- und Konsumverein "Vorwärts", der mehr als  $\frac{3}{4}$  seiner Mitglieder z.T. schon seit Jahren als arbeitslos bezeichnen muss und bei dem die Rückforderungen von Sparanlagen besonders stark war, in Zahlungsschwierigkeiten gebracht. Gegenüber den Lieferanten mussten die Zahlungen eingestellt werden, gegenüber den Sparern wurden sehr starke Einschränkungen vorgenommen. Der unmittelbare Anlass zur Einstellung der Zahlungen war die für sofort geforderte Rückzahlung einer Hypothekenschuld von 100 000 Mark. Die Zahlungseinstellung war notwendig, um eine Vollstreckung des Vermögens und damit eine Schädigung des Vermögens der Mitglieder und auch eine Gefährdung der Spareinlagen zu verhindern. Die Sparer werden einige Zeit stillhalten müssen. Über die Vergleichsbedingungen mit den Lieferanten- und Grossgläubiger wird noch verhandelt.

Der Breslauer Spar- und Konsumverein ist ein kleiner Verein von 15000 Mitgliedern, der neben dem freilich von bürgerlicher Seite finanziell beherrschten "Alten Konsumverein" mit 100 000 Mitgliedern steht. Auch dieser alte Konsumverein ist dem Hamburger Zentralverband organisatorisch angeschlossen. Eine Vereinigung der beiden Vereine war bisher noch nicht möglich.

Roggen schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 18. August.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag eine recht ruhige Stimmung. Im Handel mit Brotgetreide, besonders mit Weizen, zeigte sich keine grosse Unternehmungslust. Da aber auch das Angebot weder dringlich noch besonders reichlich war, konnten sich die Preise im allgemeinen behaupten. Weizen in prompter Ware wurde unverändert notiert, während Roggen um eine Mark nachgeben musste. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft ergaben sich bei der Eröffnung zwar gleichfalls kleine Abschwächungen, die jedoch im Laufe der Börse wieder ausgeglichen werden konnten. Alles in allem hielt sich die Umsatztätigkeit in engen Grenzen. Weizen hatte gestern nachmittag und heute früh noch etwas Geschäft, jedoch ging an der Börse auch hier die Unternehmungslust sehr zurück. Die Preise für Mehl, namentlich Weizenmehl, konnten sich nicht behaupten und wurden gleichfalls leicht herabgesetzt. Lediglich Hafer hatte gut stetige Tendenz, da bei mässigem Angebot laufend Nachfrage des Konsums bestand. Am Gerstenmarkt hat sich nichts verändert. Feinere Qualitäten in Futter- und Braugerste waren gesucht.

	17.8.	18.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	202 - 204	202 - 204
Roggen	157 - 159	156 - 158
Futter- und Industrieroggen	158 - 167	157 - 165
Hafer	138 - 145	138 - 145
Weizenmehl	27,00-31,00	26,75-30,75
Roggenmehl	22,10-24,10	22,00-24,00
Weizenkleie	10,80-11,10	10,70-11,00
Roggenkleie	9,00- 9,25	8,80- 9,20

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 217½-219. Oktober 218½ bis 219½ Geld (219½), Dezember 220-220½ (221), Roggen September 169½-169½ (169½), Oktober 171 plus Geld (171½), Dezember 173½-173½ (174). Hafer September - (144).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 18. August.) Deutsche Eier: Trinkeier, Sonderklasse über 65 g 8 bis 8,25, Klasse A über 60 g 7,50 - 7,25, Klasse B über 53 g 6,75-7, Klasse C über 48 g 6.- = 6,25. Frische Eier Klasse B 6.50. Aus-sortierte kleine und Schmutzeier 5. Auslandseier: Dänen und Schweden: 18er 8, 17er 7,50 15½-16er 6,25-6,50, leichtere 5,50-5,75, Estländer 17er 7, 15½-16er 6-6,25, Bulgaren 5,75, Rumänen 5,50-5,75, Ungarn und Jugoslawen: 5,75. Kleine, Mittel und Schmutzeier 4,40. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: warm, Tendenz: behauptet.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 63

Berlin, den 18. August 1932

## Internationale Erziehungskrise.<sup>x</sup>

SPD. Es geht ein Schlagwort um: Erneuerung der Erziehung. Solange man in Schule und Familie, Kindergarten und Hort mit den bewährten erzieherischen Grundgedanken auskam, die seit Pestalozzi in hundertfachen Abwandlungen angewandt worden sind, konnten es sich die Erneuerer der Erziehung leisten, nur mit annähernden, allgemeinen Wendungen auf die neugierige Frage zu antworten, zu welchem Zweck eigentlich die Erziehung erneuert werden soll, und worin das Wesen dieser Erneuerung zu beruhen habe. Das ist in den letzten Jahren, besonders in den letzten Monaten merklich anders geworden. Der Grundgedanke aller klassischen und auch der allermeisten sogenannten neuen Erziehungs-methoden ist immer gewesen, dass es die bürgerliche oder kleinbürgerliche Familie sei, die schon durch ihre innere Gestalt die Gewähr für eine gesunde und soziale Entwicklung der Kinder biete. Es ist verständlich, dass dieser Grundgedanke leichthin und ungeprüft in der Erziehung beibehalten worden ist, solange die Familie in der Tat wichtige, produktive Funktionen innerhalb der Gesellschaft ausübte. Heute aber, da die Familie bei uns meistens kaum mehr als eine Notgemeinschaft von Menschen darstellt, die verschieden alt sind, verschiedene Arbeitsstätten haben, oder verschiedenen Stufen der Erwerbslosenfürsorge zugeteilt sind, und die sozusagen nur nebenbei auch noch miteinander blutsverwandt sind, müssen die Grundgedanken der Erziehung einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Diese Notwendigkeit kam deutlich zum Ausdruck, als der Weltbund für die Erneuerung der Erziehung in der Zeit vom 29. Juli bis 11. August seine sechste Weltkonferenz in Nizza abhielt. Von den 1200 Kongressteilnehmern, die aus 43 verschiedenen Staaten der Erde zusammengekommen waren, gehörten die Allermeisten pädagogischen und psychologischen Instituten der Bourgeoisie an. Aber auch diese standen unter dem erschütternden Eindruck der Weltkrise, die in allen Staaten - wenn auch nicht überall so deutlich spürbar wie bei uns - unmittelbar auch das Erziehungswesen belastet. Denn auch in jenen Ländern, wo noch nicht, wie in Deutschland, mehr als 1 1/3 Millionen Schüler der drei letzten Jahrgänge ohne Lehrstelle und Arbeit sind, ist deutlich spürbar, dass der Industrialismus mit seinem ständigen Wechsel innerhalb der Belegschaften eine andere Organisierung des sogenannten Privatlebens der Proletariatsmassen erfordert, als die der Familie. Dass wir uns schnell an veränderte Lebensbedingungen gewöhnen und sie verändern können, dass wir an neuen Arbeitsstellen sofort mit unsern Genossen in tätige Verbindung treten und uns überall bodenständig fühlen, weil es eben überall auf unsere produktive Arbeit ankommt, all das ist in der heutigen Phase der monopolkapitalistischen Produktion viel wichtiger als die Frage der Blutsverwandtschaft. So kommt es, dass die Bedeutung der Familie - aus Gründen der inneren Struktur des heutigen Kapitalismus - so sehr und so schnell abgenommen hat, dass es jetzt auch schon den bürgerlichen Pädagogen aller Welt auffällt. Aber was uns selbstverständlich ist, nämlich dass das Schwergewicht aller Erziehungseinflüsse folgerichtig mehr und mehr den Kinder- und Jugendorganisationen selber zufällt, - das auszudenken, scheint den Vertretern der offiziellen Pädagogik vieler ausländischer Staaten noch unmöglich sein. Denn der Kongress

in Nizza erschöpfte sich - in seinem theoretischen Teil - fast ausschliesslich in Verzweiflungsrufen "Rettet die Familie!". Auf die Frage, wer sie denn retten soll, ertönte aus dem bürgerlichen Lager die vielstimmige Parole: "Das müssen die Politiker tun". Einige Sozialisten regten an, der Kongress möge doch den "Politikern" einige praktische pädagogische Winke geben, wie sie die Familie "retten" könnten. Das taten die Spitzen der internationalen bürgerlichen Pädagogik nun allerdings nicht, schimpften dafür aber die Urheber dieser Anregung "Kommunisten"! Das könnte wie ein dummer Witz anmuten; aber wir würden der Schwere der Situation nicht gerecht, wenn wir darüber nur lachten und nicht sähen, dass sich hinter der scheinbaren Groteske die fliegende Angst eines völlig desorientierten Teils der Bourgeoisie verbirgt. Die Internationale Erziehungskrise ist offenbar.

Immerhin hat es auch nicht an bürgerlichen Stimmen gefehlt, die eine eindringliche Tatsachensprache führten. Der Holländer Dr. J. J. van der Leeuw mahnte zur Abkehr vom pädagogischen Phrasentum und zur Völkerverständigung und wurde dafür sofort am nächsten Tage von der bürgerlichen Tagespresse in Nizza ein "Kommunist" genannt. Lindemann, der beratende Direktor des Nationalrats für Elternerziehung in New York, berichtete von seinen eingehenden Studien in russischen Fabriken und über die psychologische und pädagogische Arbeit, die in diesen Betrieben geleistet wird. Seine massvollen, sachlichen Ausführungen erregten knieschlotterndes Missfallen bei der Mehrheit des Kongresses.

Wie um dem Missbehagen über die Richtungslosigkeit seiner pädagogischen Theorie zu entgehen, hat der Kongress eine Fülle technischer Einzelfragen eröffnet, die teils verfrüht gestellt, teils von den Ereignissen überholt sind. Reiches Ausstellungsmaterial täuschte "Erfolge" vor. Aber darunter gab es doch einiges, das verdient, erwähnt und gepflegt zu werden. Da ist z. B. in dem kleinen, südfranzösischen Orte St. Paul (Département Alpes maritimes) die Schule des Sozialisten Freinet, wo die Kinder ihre Arbeitstexte selber setzen und mit einfachen, kleinen Druckerpressen vervielfältigen. Diese Art Schularbeit wird nicht nur von den Kindern mit Begeisterung betrieben, sondern auch von den Schulbehörden Frankreichs und der Nachbarstaaten mit grossem Interesse verfolgt und befürwortet. Die Vervielfältigungstechnik legt es den Kindern nahe, ihre Produkte auch Anderen zugänglich zu machen, und so pflegen sie einen regen internationalen Kinderbriefwechsel und arbeiten mit Eifer an der Verständigung des internationalen Proletariats.

Die südfranzösischen Sozialisten haben die deutschen beauftragt, die Versicherung ihrer herzlichen Anteilnahme an unsern gegenwärtigen schweren Kämpfen mit nach Deutschland zu nehmen.

---

### Spinale Kinderlähmung.<sup>x</sup>

---

SPD. Wie alljährlich in den Sommermonaten lesen wir auch zur Zeit in den Zeitungen, dass in verschiedenen Gegenden die spinale Kinderlähmung aufgetreten ist. Einige wenige Fälle kommen natürlich auch in jedem Jahre in einer Grosstadt wie Berlin vor. Die Heine-Medinsche Krankheit, wie sie nach den beiden Aerzten Heine und Medin auch genannt zu werden pflegt (weil durch deren Arbeiten das Verständnis für diese Krankheiten sehr gefördert wurde), gehört zu den unheilvollsten Infektionskrankheiten, von denen Kinder befallen werden. Besonders bedroht ist das Alter bis zu 3 Jahren, aber auch darüber hinaus, und selbst bei Erwachsenen kommen Erkrankungen vor; es ist in dieser Beziehung kein Unterschied zu allen den Infektionskrankheiten, die - wie z. B. Masern, Scharlach usw. - bei Erwachsenen seltener vorkommen als bei Kindern.

Die Inkubationszeit beträgt 5 bis 10 Tage; daran schliesst sich eine Form der Erkrankung, die am ehesten mit einer "Influenza" zu vergleichen ist. Das Allgemeinbefinden ist stark gestört, Fieber bis zu 39 und 40 Grad wird gemessen, der Puls ist hoch und der Schlaf auffallend unruhig, trotzdem eine grosse Schläfrigkeit vorherrscht. Lokale Erkrankungen sind Anginen, Verdauungsstörungen oder auch Bronchialkatarrhe, während Kopfschmerzen selten auftreten. Zu diesen untypischen Anzeichen, die noch kein sicheres Bild schaffen, tritt eine Berührungsempfindlichkeit, die aussergewöhnlich ist. Sobald man an das Bett rührt, oder wenn man die Patienten im Bett umlegen oder aufrichten will, schreien sie laut vor Schmerzen. Sie klagen auch über plötzlich auftretende krampfartige Schmerzen im Rücken und Gliedern und schwitzen anormal stark. Aber nicht diese Allgemeinerkrankung ist das Gefürchtete, sondern die Folgen, die danach auftreten und sich in Lähmungen an Rumpf und Gliedern zeigen. Arme und das Gebiet der Hirnnerven werden seltener betroffen als Beine und Seiten. Innerhalb weniger Stunden oder Tage ist die Lähmung auf dem Höhepunkt angelangt und zeigt sofort danach eine sichtbare Rückbildung. Ganze Glieder erlangen ihre Bewegungsmöglichkeit zurück; eine gewisse Anzahl von Erkrankungsfällen heilen glücklicherweise ganz aus. Leider pflegt jedoch ein Teil der befallenen Muskelgebiete dauernden Schaden davonzutragen. Jeder von uns kennt blühende junge Menschenkinder, die durch Lähmung eines Beins oder manchmal einer ganzen Seite für ihr Leben gezeichnet sind. Oft werden die gelähmten Glieder atrophisch, d.h. die Muskeln entarten und werden schlaff und dünn; sie magern zusehends ab, und die Modellierung verschwindet; es bleiben nur noch die Knochen und die Haut über dem Gliede bestehen.

Für die Behandlung der Erkrankungen ist dringend allergrösste Schonung in jeder Beziehung notwendig. Allergrösste Ruhe muss herrschen, jede Aufregung muss ferngehalten werden; jeder Wunsch der Patienten ist zu berücksichtigen, und die Anordnungen des Arztes sind peinlich genau zu befolgen. 3 Wochen strenge Bettruhe sind meist einzuhalten und eine Diät, die alle alkohol- und koffeinartigen Getränke vermeidet und für eine gute Verdauung unbedingt Sorge trägt. Unzweckmässiges Verhalten dem Kranken gegenüber kann Verschlimmerungen des Leidens hervorrufen. Medikamente werden so gut wie garnicht gegeben. Man lindert die heftigen Schmerzen meist durch heisse Einpackungen, die heute, wo fast überall ein elektrisches Heizkissen vorhanden ist, fast mühelos gemacht werden können. Der Lähmungsprozess zeigt an, dass die Krankheit noch im entzündlichen Stadium ist; es werden also alle Behandlungsmethoden, um die Lähmungen zu beseitigen, erst nach Wochen vorgenommen werden. Durch orthopädische Behandlung wird heute unendlich viel geholfen, und es empfiehlt sich besonders an kleinen Orten, wo das Nötige für diesen Zweck nicht vorhanden ist, die Kinder für eine Zeit in ein Krankenhaus zu geben oder zu einem Orthopäden, damit nichts versäumt wird, was zur Heilung beitragen kann. Bei unermüdlicher Pflege und Berücksichtigung aller modernen orthopädischen Möglichkeiten hat man oft noch nach Monaten und einem ganzen Jahr erstaunliche Erfolge verzeichnen können. Für Patient und Behandelnde bedarf es oft unermüdlicher Geduld, bis das erste Anzeichen der Besserung sich zeigt. In keinem Falle darf man die gelähmten Glieder in Ruhe lassen; nur durch Massieren, Turnen usw. kann man z.B. die Beine wieder gehfähig machen.

Sehr viel weiss man über die Entstehung der Erkrankung auch heute noch nicht. Es handelt sich wahrscheinlich um einen den Bakterien zuzurechnenden Erreger, der auf dem Lymphwege das Centralnervensystem erreicht, sodass meist grosse Bezirke des Rückenmarks erkranken und so die geschilderten Lähmungen entstehen. Die Erkrankungen tauchen bald hier, bald da auf, ohne dass man sich erklären kann, warum hier nur ein paar Fälle vorkommen, während anderswo fast epidemisch die Erkrankung um sich greift. In jedem Falle weiss man, dass



durch Zwischenträger die Krankheit verbreitet wird. Es ist im eigentlichen Sinne keine "ansteckende Krankheit". Pfleger werden fast nie angesteckt. Erst durch Verschleppen der Erreger durch Dritte an andre Orte entwickelt sich aus der Infektion wieder die Krankheit. Es scheinen gewisse Immunitätsverhältnisse eine Rolle zu spielen, deren Gesetzmässigkeit wir leider noch nicht erkannt haben. Aus diesem Grunde müssen natürlich die Erkrankten strengstens isoliert werden, denn obgleich, wie bereits gesagt, die Gefahr unmittelbarer Uebertragung durch den Kranken im akuten Stadium nicht wesentlich ist, sind doch auch schon solche Uebertragungen beobachtet worden.

Der Umgebung der bereits geheilten Kinder muss aber eins klar sein: eine gewisse Gereiztheit der Nerven, Weinerlichkeit, Unausgeglichenheit halten noch eine ganze Weile an, und man muss mit feinem Verständnis und psychologisch geschult alles vermeiden, was zur Steigerung dieser Faktoren beitragen kann. Das geschieht am besten, wenn man es vermeidet, Autoritätsproben heraufzubeschwören, bei denen man den kürzeren ziehen muss, weil man schliesslich doch nachgibt, um unnötige Gereiztheit des Kindes zu vermeiden. Aufenthalt in frischer Landluft, ev. in einem Kinderheim, sind nach der Verordnung des Arztes dringend zu empfehlen. Je besser der Körper gepflegt wird und der Patient sich erholt, desto aussichtsreicher ist ein völliges Ausheilen während der folgenden Zeit. Warnen möchte ich jedoch vor Ueberängstlichkeit, die in Zeiten wie heute aus jeder harmlosen Erkrankung gleich eine spinale Kinderlähmung sich entwickeln sieht. Es ist hier wie bei jeder anderen Infektionskrankheit: von vielen, die Tuberkelbazillen usw. schlucken, erkrankt nur ein ganz geringer Teil, und so ist es glücklicherweise auch bei dieser schrecklich heimtückischen Krankheit und ihren Erregern.

Dr. Hess.

---

x  
Der "Kinderengel".

---

SPD. "Der Kinderengel ist tot". In den Bäcker- und Colonialwarenläden der Vorstadt teilten die Frauen einander diese Nachricht fast andachtsvoll mit, als handle es sich um ein ernstes und schmerzliches Geheimnis.

Wer war aber der "Kinderengel", und was hatte es mit ihm auf sich? Unter dem "Kinderengel" braucht man sich eigentlich gar nichts weiter vorzustellen als einen grossen, hageren Mann, der stets im gleichen schäbigen Anzuge herumläuft, und aus dessen leidzerfurchtem Gesichte zwei sinnende Träumeraugen schauen. Die Leute sagen, der alte Mann wäre nicht mehr ganz richtig im Kopfe, aber sie lieben ihn trotzdem, weil - nun eben, weil er halt der "Kinderengel ist", der Mann, der schon so vielen Kindern das Leben gerettet hat.

Als er einst - kaum dreissig Jahre alt - in die Vorstadt zog, war der Kinderengel, der eigentlich Johann Wagner hiess, schon Witwer. Eingeweihte berichteten, durch einen Verkehrsunfall sei ihm ein dreijähriges herziges Mädelchen ums Leben gekommen und seine Frau aus Schreck und Gram darüber bald danach gestorben. Still und in sich gekehrt lebte der Mann seitdem seine Jahre dahin, arbeitete, oder arbeitete auch nicht - niemand wusste darüber Bescheid. Er war draussen in der Vorstadt niemandem im Wege, und also kümmerte man sich nicht um ihn.

Aber dann kam eines Tages in der Zeitung eine kleine Notiz, die besagte, dass ein gewisser Johann Wagner aus der Vorstadt durch seine Geistesgegenwart einem Kinde das Leben grettet habe.

Etwa ein Jahr darauf brachte die Zeitung wieder eine ähnliche Nachricht im Zusammenhange mit dem Namen Johann Wagner.

Inzwischen verschwand ganz allmählich das Pferdefuhrwerk aus dem Stras-

senbilde der Stadt. An seine Stelle trat der immer umfangreicher werdende Autoverkehr, und mit ihm wuchsen die Gefahren der Strasse - und mit den Gefahren wuchs die Rettertätigkeit des Johann Wagner. Schon drehten sich im Vororte die Leute nach ihm um, und da und dort flüsterte man sich bei seinem Vorübergehen zu: "Das ist der Mann, der schon so vielen Kindern das Leben gerettet hat; das ist der "Kinderengel"!"

Nach und nach wunderte man sich darüber, dass der Kinderengel immer gerade dann kam, wenn ein Kind in Gefahr war. Darüber äusserte sich Johann Wagner einmal gegen eine junge Mutter, deren Kind er vor einem herunterfallenden Blumentopfe gerettet hatte: "Da ist gar nichts Zufälliges dabei. Wenn ich am Tage ein Kind rette, so habe ich Nachts zuvor im Traume schon das ganze Unglück gesehen und erlebt. Manchmal sehe ich es jedoch nicht in Bildern, sondern werde von irgend jemandem gerufen, und irgend jemand sagt mir Ort und Stunde, wo ich am nächsten Tage gebraucht werde. Nach einem solchen Traume schlafe ich nie mehr ein, und deshalb vergesse ich nie die angegebenen Zeit und den Ort. - Zwölf Kinder werde ich retten müssen für die jungen, frohen Mütter, und dann noch eins besonders im Andenken an meine verstorbene Frau. Und dann? Ja, dann habe ich hier nichts mehr zu suchen!"

Seitdem der Kinderengel der jungen Mutter Einblick in das Geheimnis seines Lebens gegeben hat, ist es schon oft Frühling und Herbst geworden. - Gestern Vormittag nun rettete der Kinderengel ein dreijähriges, auf der Strasse spielendes Kind vor einem dahersausenden Auto. Er bewahrte das junge Leben vor einem frühen Ende, um selbst als völlig zerquetschte Leiche vom Unfallplatze getragen zu werden.

Es war das dreizehnte Kind, das der Kinderengel rettete, und hiess Mariechen, wie einst sein eigenes!

Erna Glatzer.

-----  
Kinderrepublik in Seenot.  
-----

SPD. Wir sind jetzt 14 Tage in der Kinderrepublik "Solidarität" in der Nähe von Paris, und gerade jetzt, in der Mitte unsrer Ferienzeit, hatten wir ein Erlebnis, das in vieler Hinsicht interessant ist. Wir wollten am Sonntag ein Fest des roten Rummels durchführen. Die ganze Kinderrepublik sollte von Morgens bis Abends den Charakter freudiger Ausgelassenheit haben. Alles war vorbereitet: Zirkus, Panoptikum, Gesang und vieles andre mehr. Schon am Morgen finden die besonders lustigen Konzerte an, und Vormittags strömten ungezählte Scharen von Besuchern herbei und auch sonst Franzosen aus einem Umkreis von mehr als 40 Kilometern.

Doch plötzlich - wir waren noch beim Mittagessen - verfinsterte sich der Himmel. Es gab furchtbares Donnern und Blitzen, und es regnete in ungeheuren Strömen. Bald war das ganze Lager überschwemmt. Einige Zelt, die besonders dem Sturm ausgesetzt waren oder nicht ganz fest aufgestellt waren, fielen um. Aber sofort zeigte sich der Falkengeist bei Helfern und Kindern. Alles bewaffnete sich mit Schaufeln und Hacken. Abzugsgräben wurden ausgehoben, die nass gewordenen Sachen herausgetragen; das ganze Lager war eine Rettungsaktion. Ein kleiner, ganz junger Falke stand trotz Regen, Sturm und Hagel an einem Graben und schaufelte mit seinem Trinkbecher.

Die französische Bevölkerung war aufs lebhafteste von den Ereignissen betroffen. Selbst alte Leute wissen sich nicht zu erinnern, dass jemals ein solcher Wolkenbruch die Gegend heimgesucht hatte. Sie nahmen natürlich die Sache schlimmer, als sie in Wirklichkeit war. In einer edlen Aufwallung menschlicher Solidarität wollten sie alle miteinander helfen. Hunderte boten uns Betten für die "armen" Kinder an. Sie rissen uns geradezu die Kinder

fort, um sie bei sich einige Stunden zu beherbergen, sie zu verwöhnen. In Autos kam eine grosse Anzahl angefahren, um am Rettungswerk zu helfen. Arme Proletarier, Kleinbürger und reiche Schlossbewohner, alle waren geradezu beleidigt, als wir ihnen erklären konnten, dass die ganze Angelegenheit in wenigen Stunden in Ordnung gebracht wäre. Auch der Bürgermeister wurde alarmiert, der offenbar hier in allen wirklichen und vermeintlichen Nöten angerufen wird. Er erschien mit seinen Polizisten und Feuerwehrleuten, und es lustig anzuschauen, mit welchem Eifer diese Männer des öffentlichen Dienstes die französischen und die deutschen Kinder durch die Pfützen trugen, um sie dann in den Schlamm am Eingang abzusetzen. Manche unserer Falken machten sich geradezu ein Vergnügen daraus. Eine niedliche Episode hat uns viel Freude gemacht. Ein französischer Feuerwehrmann sieht in einem "elt einen deutschen Jungen sitzen. Da er sich mit ihm nicht verständigen kann, so nimmt er ihn auf den Arm. Der Junge fängt aus Angst vor dem fremden behelmten Mann an zu zittern. Da zieht der Feuerwehrmann seinen Mantel aus, weil er vermutet, dass der Junge friere. Der Feuerwehrmann trägt den Jungen ins Lazarett, aber kaum hat er ihn dort abgesetzt, da rückt der Junge in der Feuerwehrjacke aus, läuft ins Lager zurück und führt dort Freudentänze auf. Die französischen Zeitungen haben sehr sensationell von diesem Wolkenbruch berichtet. Es ist viel Übertreibung dabei gewesen.

Wir werden überhaupt viel von Pressevertretern beehrt. Die sozialistischen Zeitungen bringen fast täglich Berichte über uns, zum Teil mit Illustrationen, doch auch die bürgerlichen Zeitungen sind begeistert und besuchen uns häufig und bringen wohlwollende Berichte über unser Lager. Gegen 7 Uhr Abends war der wesentliche Schaden wieder repariert. Alle konnten wieder trocken untergebracht werden. Hunderte teilnehmender Besucher strömten ins Lager, um uns zur Rettung aus "Seenot" zu beglückwünschen. Unsere Kinder aber schliefen bald ermüdet von des Tages Aufregung ein, und unsere Aerzte konstatierten am nächsten Tage, dass dieser Zwischenfall nicht die geringsten gesundheitlichen Schädigungen hinterlassen hatte.

Kinderrepubliken sind doch die Quelle mannigfaltiger Freuden. Regen, Wind, wir lachen darüber, aber wenn die Sonne scheint - und das tut sie hier oft und gründlich -, dann lachen wir doppelt so laut, denn "wir sind jung, und das ist schön".

Kurt Löwenstein.

---

SPD. Der Wohlgeruch kleiner Kinder.<sup>x</sup> Dass manche Neugeborene, wenn sie frisch gebadet und verpackt in ihrem Körbchen liegen oftmals einen merkwürdigen natürlichen Wohlgeruch ausströmen, ist eine von jungen Müttern immer wieder mit Stolz berochtete, von Aussenstehenden ebenso oft ungläubig belächelte Tatsache. Sie findet aus Beobachtungen eines Züricher Forschers, U.A. Corti, ihre wissenschaftliche Erklärung. Der feine Wohlgeruch nämlich, so meint der Forscher, hänge mit dem Gehalt des Milchfettes an Carotin zusammen, einem Pflanzenfarbstoff, der durch Selbstverbrennung in Jonon, den Träger des Veilchengeruchs, übergeht. Wenn die Milchnahrung verringert wird, pflegt leider auch der so angenehme Veilchenduft des Babys zu verschwinden.

---

SPD. Ein Königskind.<sup>x</sup> Die Junge Tochter des französischen Königs Ludwig XVI. betrachtete einmal die Hand ihres Kindermädchens, zählte die Finger und sagte ganz erstaunt: "Wie? Sie haben auch fünf Finger, fünf Finger wie ich?" Darauf zählte sie noch einmal und schüttelte nur immer wieder den Kopf.